Widerspruch

www.linke-oder-spree.de

17. Jahrgang

Juli/ August 2008

Gedanken zur Juni-Sitzung des Kreistages und zum Kommunalwahlprogramm der LINKEN in Oder-Spree

Bildung nach Kassenlage – Ein Wechsel tut Not

Die letzte Kreistagssitzung der Wahlperiode 2003–2008 in Beeskow am 25. Juni hatte mehrere Themen zu Schul- und Bildungsfragen auf der Tagesordnung. Nur wenige davon waren zwischen den großen Fraktionen (CDU, SPD, DIE LINKE) und der Verwaltung unstrittig: So die Frage der Fassaden- und Dachsanierung einer Turnhalle in Erkner oder die Weiterführung der gymnasialen Oberstufe am Oberstufenzentrum Palmnicken in Fürstenwalde. Hier konnte auf einen Streit verzichtet werden und DIE LINKE stimmte zu.

Opposition im Kreistag heißt ja nicht Totalverweigerung, so gab es in den letzten fünf Jahren vielfach auch Verwaltungsvorlagen, denen wir zugestimmt haben. Doch diesmal gab es vier Schulthemen, die sehr deutlich die Unterschiede in der kommunalpolitischen Zielsetzung bzw. dem Handeln von CDU/SPD (zum Teil auch der kleinen Gruppierungen und Bürgerbündnisse) einerseits und der LINKEN andererseits zeigen:

- Satzung über Schülerbeförderung,
- Weiterführung der gymnasialen Oberstufe in Eisenhüttenstadt,
- Grundsatzbeschluss zur Planung eines Unterrichtsgebäudes und einer Cafeteria für das Carl-Bechstein-Gymnasium Erkner,
- Stellenbesetzung Volkshochschule.

Schülerbeförderung

Die Einführung der Eltern- (bzw. Schüler-)beteiligung an den Fahrtkosten zwischen Wohnort und Schule vor 5 Jahren stieß bekanntlich auf landesweiten Protest. Es ging damals – so auch offen von der Landesregierung zugegeben – um die Sanierung der Haushaltskasse. DIE LINKE. Oder-Spree (2003 noch PDS) hatte sich sehr stark gegen diese Benachteiligung besonders der Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum engagiert. Plötzlich hieß es, kann ich mir das Abi finanziell leisten? Unter diesem Protest rückte das „regierende“ Mehrheitsbündnis von SPD und CDU im Kreistag Oder-Spree von seinen Ursprungszielen ab – bei langen Schulwegen 192 bis 384 € pro Kind je nach Einkommen – und belastete Familien fürs erste Kind „nur noch“ mit 100 € im Jahr. Das zur Erinnerung.

DIE LINKE hatte in den letzten fünf Jahren mit dem Protest nicht nachgelassen und aktuell geänderte landespolitische Rahmenbedingungen sofort zum Anlass genommen, um die Abschaffung der Elternbeteiligung zu fordern. Sie unterstützte eine entsprechende Initiative aus dem Finanzausschuss.

Unter diesem Druck sah sich die Verwaltung genötigt, selbst eine Vorlage einzubringen, die die Elternbeiträge halbiert: 50 statt 100 €.

Die CDU/SPD-Koalition Oder-Spree forderte anschließend: 50 statt 100 € und dass nach einem

Foto: Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg

Schüler protestieren am 11. April 2008 gegen die Schließung ihrer Schule

In dieser Ausgabe:

Zwei brennende Probleme im Landkreis 3

Was DIE LINKEN in den nächsten fünf Jahren für LOS 4

Die Liste der LINKEN für den Kreistag LOS 5

Bürgerhaushalte – eine Chance für mehr Demokratie 8

Landtagsreport 9
- JA zum Volksbegehren, JA zum Energiedialog
- Die Landesregierung ohne Plan B
- Ein Stück aus dem Irrenhaus

„Kein Bock auf Nazis“ 13

SPD war und bleibt der Großen Koalition verhaftet 11

Das falsche Jubiläum 16

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

„Schulschließungen führen zu längeren Schulwegen. Statt Familien zu unterstützen, wurde die Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten eingeführt. Hier hat DIE LINKE im Kreistag zahlreiche Gegenanträge gestellt und vor fünf Jahren wenigstens die Deckelung der Kosten erreicht, eine Klage der Fraktion vor dem Verwaltungsgericht wurde vor wenigen Monaten aus eher fadenscheinigen Gründen abgelehnt. Jetzt hat die SPD ein so genanntes Sozialpaket aus dem Hut gezogen und es den Landkreisen freigestellt, wie sie mit den Schülerbeförderungskosten verfahren wollen. DIE LINKE im neuen Kreistag wird sich dafür einsetzen, dass die Schülerbeförderungskosten zur nächstgelegenen Schule nicht von den Familien zu tragen sind."

Kreiswahlprogramm der LINKEN in Oder-Spree

Jahr geprüft werden soll, ob man die Elternbeteiligung ganz abschaffen kann.

Klartext: Die CDU/SPD hat vor fünf Jahren diese Beiträge eingeführt, will sie jetzt (nach Kehrtwende der Landespolitik) noch nicht so wie DIE LINKE wieder abschaffen, sondern heute nur halb und nach einem Jahr vielleicht dann doch.

Mit etwas Gelassenheit kann man natürlich sagen, auf Druck der LINKEN ein Schritt in die richtige Richtung. Man sollte DIE LINKE aber sicherheitshalber in großer Mehrheit in den neuen Kreistag wählen, damit der nächste Schritt dann wirklich kommt.

Im Übrigen verkauft die SPD Oder-Spree in einer Presseerklärung ihres Regionalgeschäftsführers das ganze als SPD-Erfolgsgeschichte: „SPD Oder-Spree für stufenweisen Verzicht auf Elternbeiträge. Für das Schuljahr 2008/09 wird … der Elternbeitrag halbiert". Das ist Wahlkampf pur und unehrlich.

Gymnasiale Oberstufe in Eisenhüttenstadt

Eigentlich sollte es kein Wahlkampfthema sein, wie wir alle gemeinsam eine gymnasiale Oberstufe außerhalb des Gymnasiums in Eisenhüttenstadt erhalten können. Die glorreiche Landespolitik hat mit über ein dutzend Schulgesetzänderungen in den letzten Jahren nicht nur für Wirrwarr gesorgt, sondern auch verhindert, dass unterschiedliche Schulformen kooperieren und gemeinsame gymnasiale Oberstufen einrichten können. Es gibt nur zwei Wege, das Turbo-Abi am Gymnasium auf der einen Seite, das Abitur in 13 Jahren über die Gesamt- oder Oberschule mit einer Oberstufe nur noch in wenigen Orten andererseits. Das Eisenhüttenstadt so ein Ort sein sollte, ist zwischen SPD, CDU und LINKE in den letzten Sitzungen unstrittig gewesen, fraglich blieb das Wie. DIE LINKE hat vorgeschlagen, nicht in Konkurrenz von Gesamtschule und OSZ die Frage zu klären, weil das eine gymnasiale Oberstufe nicht auf Dauer sichert. Es sollte dafür lieber versucht werden (siehe „MOZ" vom 28. März 2008 Beeskower Ausgabe), mit dem Potsdamer Bildungsministerium einen Modellversuch für Eisenhüttenstadt zu vereinbaren. Die Verwaltung hat diesen Gedanken aufgegriffen. Nun gilt es, wirklich dafür zu kämpfen. Das staatliche Schulamt in Frankfurt (Oder) ist nicht begeistert. Also viel Arbeit für den neuen Kreistag. Ein weiterer Grund, LINKS zu wählen.

Unterrichtsgebäude und eine Cafeteria für das Carl-Bechstein-Gymnasium Erkner

DIE LINKE ist in der Bildungspolitik oft bei den Schwächsten, sie will, das jedes Kind Chancen auf umfassende Bildung hat, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. DIE LINKE will, dass auch Grund- und Oberschulen gut ausgestattet sind. In den letzten Monaten hat sie aber auch die Probleme eines Gymnasiums aufgegriffen. Beim Carl-Bechstein-Gymnasium Erkner ging es in Planungsabsichten in den letzten Jahren hin und her, aber der Ausstattungszustand wurde kontinuierlich schlechter. Über die Zeitung haben wir im Frühjahr 2008 erfahren, dass die Kreisverwaltung in Beeskow hier eher über Umzug und Schulgebäudetausch als über Sanierung und Erweiterung nachdenkt. Das war der Punkt um zu sagen: Jetzt reicht es. Über Tagesordnungsanträge im für Schulen zuständigen Fachausschuss haben wir das Thema angestoßen, nun endlich kam auch eine neue Verwaltungsvorlage auf den Tisch.

Allerdings immer noch mit einer engen Festschreibung der Art und Weise der baulichen Veränderungen. Wir meinen aber, die Kassenlage, die angeblich immer schlecht ist, kann nicht der alleinige Planungsrahmen sein, es sind auch die Belange eines zeitgemäßen Schulbetriebs, die Anforderungen der Ganztagsschule und durchaus auch „Extravaganzen" wie Bibliotheksräume zu berücksichtigen. Staatliche Bildung kann nicht nur das Thema von Sonntagsreden sein, Schülerinnen und Schüler sollten am Montag früh in ihrem Schulgebäude auch merken, dass Bildung ein Menschenrecht ist. Dafür steht DIE LINKE ein.

Stellenbesetzung Volkshochschule

Apropos Sonntagsreden. In der Frage Personalausstattung der Volkshochschule half es nicht, dass wir auf die Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur „Bildungsrepublik Deutschland" Mitte Juni (zum so genannten 60. Geburtstag der sozialen Marktwirtschaft) hingewiesen haben. Die Bildungsfrage als eine Zukunftsfrage der nächsten Jahre – so schlussfolgerten Zeitungen aus der Rede der Kanzlerin. In Beeskow passiert das ganze Gegenteil!

Wenn Altersteilzeit, dann muss auch die Stelle wegfallen, meinen CDU und SPD und leider auch der Landrat. Weil es sonst zu teuer wird. Das ist aus bildungspolitischer Sicht nach Meinung der LINKEN und wohl auch der Bundeskanzlerin, deren Politik wir sonst ja nicht oft Gutes abgewinnen können, eine erbärmliche Ausrede.

Aber auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht finden wir die Ausreden des Landrats nicht lustig: Mit Altersteilzeit ist ein Übergang älterer Arbeitnehmer in den vorzeitigen Ruhestand durch Teilzeitarbeit gemeint, der eigentlich eine Neubesetzung der frei werdenden Arbeitsplätze zum Ziel hat. Die Fraktion DIE LINKE.-wird im Sommer prüfen, inwieweit die Kreisverwaltung hier die Altersteilzeit zum Stellenabbau missbraucht und wie man dagegen vorgehen kann und muss. Eine starke Fraktion im neuen Kreistag würde uns die Arbeit erleichtern. Auf geht's.

Bernd Stiller, Mitglied des Kreistages Oder-Spree, Spitzenkandidat der LINKEN im Wahlkreis 3 zur Kommunalwahl am 28. September 2008

Dr. Bernd Stiller
Spitzenkandidat der LINKEN zum Kreistag Oder-Spree im Wahlkreis 3

Am Wahltag 53 Jahre alt, 1955 in Berlin geboren und dort aufgewachsen, POS, EOS und Studium an der Humboldt-Uni. 1979 Abschluss als Dipl.-Meteorologe. Im Jahr der Weltfestspiele 1973 Kandidat der SED.

Von 1979 bis 1992 berufliche Arbeit in der Wettervorhersage sowohl in der NVA (Neubrandenburg/Fürstenwalde) als später auch in der Bundeswehr. 1992 Wechsel in ein Ingenieurbüro in 15848 Rietz-Neuendorf OT Buckow, 2001–2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Wetterdienst in 15848 Tauche, OT Lindenberg, derzeit erneut zeitlich befristet dort tätig. Dazwischen arbeitslos bzw. selbständig tätig. 2006 Vereinsgründung „Wettermuseum" in Lindenberg, Vorträge zum Klimaschutz.

Seit 1976 glücklich verheiratet, 3 erwachsene Kinder, 2 Enkelinnen, ein drittes Enkelchen wird bald erwartet.

1988/89 Probleme in der SED wegen Eingabe zur Kommunalwahl 1989, ab 1990 deshalb bewusst PDS-Mitgliedschaft, heute DIE LINKE.

Direkte kommunalpolitische Erfahrung ab 1991, zunächst im Kreistag Fürstenwalde als Nachrücker, Kreistagsabgeordneter Oder-Spree von 1991 bis 1998 und seit 2003. Seit 1999 Gemeindevertreter in Langewahl (gemeinsame Bürgerliste). Viele Jahre Elternvertreter auf Schul-, Kreis- und Landesebene.

Hartz IV muss weg, Nazis Einhalt gebieten

Zwei brennende Probleme im Landkreis

In der zurückliegenden Wahlperiode des Kreistages wurde Hartz IV eingeführt. Als Optionskommune ist unser Landkreis davon besonders betroffen. Hier wird jetzt die Langzeitarbeitslosigkeit nicht mehr von der Arbeitsagentur, sondern vom Landkreis verwaltet. Unsere Position dazu ist klar:

Es ist völlig egal, wer den Langzeitarbeitslosen sagt, dass es für sie keine Arbeit gibt.

Nach einer aktuellen Studie hat es die Arbeitsagentur dank der Konjunktur tatsächlich vermocht, 4,1 Prozent der Langzeitarbeitslosen in Arbeit zu vermitteln, während es in den Optionskommunen 3,4 Prozent waren. Hinsichtlich der Differenz von 0,7 Prozent Vermittlungsquote ist jedoch Skepsis angebracht. Da dürfte auch eine Rolle spielen, dass die Arbeitsagentur in einer kritischen Phase einen ungeliebten Konkurrenten aus dem Felde schlagen will.

Schließlich steht die Zukunft der 300 Beschäftigten des Amtes für Grundsicherung im Landkreis Oder-Spree auf dem Spiel. Gesichert ist deren Arbeit bis 2010 mit einer noch keineswegs eingelösten Verlängerungsoption bis 2013. Dieses Damoklesschwert dient zur Disziplinierung um sie zu Vollstreckern einer brutalen und verlogenen Politik zu machen. Und die Studie dürfte dazu ein Beitrag sein.

So hat der Bund ein Förderprogramm mit der Bezeichnung „Kommunal-Kombi“ aufgelegt. Danach könnten im Landkreis Oder-Spree rund 1250 Stellen geschaffen werden mit einem Arbeitnehmer-Brutto von 1000 € bei 30 Wochenstunden Arbeitszeit. Ende Juni gab es im Landkreis für dieses Programm 85 Anträge für 125 Beschäftigte. Tatsächlich bewilligt wurden bisher 10 Arbeitnehmer – von 1250 möglichen. Dieses Ergebnis hat mindestens drei Gründe:

- Erstens kostet so ein Job bei einem Arbeitnehmerbrutto von 1000 € für 30 Wochenstunden zwar die Kommunen nur 150 bis 250 € im Monat. Aber ein 1-€-Job ist halt noch billiger.
- Zweitens wurden die Hürden für die Auswahl der in Frage kommenden Menschen so hoch gesetzt, dass kaum ein Antrag Aussicht auf Erfolg hat.
- Und drittens ist dem Amt für Grundsicherung angedroht, dass der Landkreis die Mittel für jeden Fall, in dem er die Einhaltung der Hürden nicht sichert, an den Bund zurückzahlen muss. Das ist ein sehr probates Mittel, das Geld für den Bundeshaushalt zu sichern und der Optionskommune die miserabele Vermittlungsquote vorzuwerfen.

In einem weiteren Förderprogramm (§ 16a) stehen im Kreishaushalt für Beschäftigungszuschüsse 2,3 Mio. € zur Verfügung. Da gab es Mitte des Jahres 13 Anträge mit vier Bewilligungen, fünf waren im Verfahren.

Aus den Mitteln nur der beiden genannten Programme ließen sich im Landkreis Oder-Spree rund 1500 Stellen voll bezahlen. Das allein wäre Arbeit für deutlich über 10 Prozent der Langzeitarbeitslosen im Landkreis. Aber dieses Ergebnis ist von den Mächtigen dieses Landes nicht gewollt. So wird der größte Teil dieser Mittel als Rückfluss an den Bundeshaushalt sicher zur Verbesserung der Profitquote dienen.

Und da sind wir dann bei den 1-€-Jobs. Weil sie billig sind, weil sich damit kommunale Aufgaben erfüllen lassen, sind sie Bürgermeisters Liebling. Und sie verbessern die Arbeitslosenstatistik.

Wenn damit argumentiert wird, die Menschen wollten doch diese Tätigkeiten, dann ist dem entgegenzuhalten: Auch diese Menschen würden viel lieber einen nach bescheidenem Tarif entlohnten Job nehmen.

Wer 1-€-Jobs beantragt und vergibt, ohne den ernsthaften Versuch zu unternehmen, die 1250 Möglichkeiten für Kommunal-Kombi im Landkreis auszunutzen, der beteiligt sich ganz praktisch an der Lohndrückerei.

Nach der herrschenden Logik ist die billigste auch die beste Maßnahme. Damit lässt sich Statistik machen. Unser Antrag, das Kriterium, nach dem die billigste Maßnahme – also auch der 1-€-Job – die beste Maßnahme ist, aus dem Kreishaushalt zu streichen, hatte im Kreistag keinen Erfolg. Da funktioniert die Koalition aus SPD und CDU.

Auf Einsichten von CDU oder SPD ist hier nicht zu hoffen. DIE LINKE muss einfach stärker werden, damit hier Bewegung in die richtige Richtung aufkommt und nicht ein großer Teil der zur Arbeitsförderung im Landkreis vorgesehenen Mittel an den Bund zurückfließt.

Aller unser Beistand gilt den von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen.

Hartz IV ist nicht zu gestalten, Hartz IV muss weg.

Unsere Politik im Kreistag ist darauf gerichtet, die vorhandenem Möglichkeiten zu nutzten, damit die Menschen im Amt für Grundsicherung nicht durch die Bedrohung ihrer eigenen Existenz auf die Vollstreckung der unsozialen Vorgaben von Bund und Land reduziert werden.

Nazis Einhalt gebieten

Es ist sehr verbreitet, die Auseinandersetzung mit den modernen Faschisten als mehr oder minder geistige Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten zu verstehen. Da geraten dann schnell soziale Prozesse in den Hintergrund.

Unsere Auseinandersetzung mit den modernen Faschisten im Kreistag ist sehr praktischer Art. Sie macht sich sehr häufig daran fest, dass die Braunen keinen Versuch auslassen, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarkreisen zu untergraben. ***Die Hasstiraden der Braunen von der Tribüne des Kreistages haben erlebbar gemacht, was uns blüht, wenn wir dem nicht entschieden begegnen.***

Wir dürfen uns nicht darauf reduzieren, den geistigen Schlingenbogen der Nazis zu folgen. Praktische Politik gegen die modernen Faschisten im Landkreis Oder-Spree bedeutet vor allem, durch die Entwicklung guter Beziehungen zu unseren polnischen Nachbarn den Nazis tatsächlich keinen Spielraum zu lassen.

Dr. Artur Pech, Schöneiche; kandidiert auf den Listen der LINKEN für die Gemeindevertretung Schöneiche und den Kreistag Oder-Spree im Wahlkreis 1

Dr. Artur Pech
Schöneiche
60 Jahre, verh.
Kfz-Schlosser,
Dr. sc. phil., Unternehmensberater

seit 1993 Mitglied der Gemeindevertretung Schöneiche und Mitglied des Kreistages Oder-Spree seit 1998, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses,
Kontakt:
A.Pech@t-online.de

„Wir wirken in kommunalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz mit und treten über Parteigrenzen hinaus für eine möglichst breite Wirkung dieser Bündnisse in der Öffentlichkeit ein. Die Ehrung des Andenkens an die Widerstandskämpfer gegen die Nazibarbarei, aktiver Antifaschismus, der Kampf gegen Neonazis sind für uns innerhalb und außerhalb der kommunalen Vertretungen eine bleibende Verpflichtung.“
Kreiswahlprogramm der LINKEN in Oder-Spree

„Mobilität, Verkehr und Kommunikation DIE LINKE setzt sich für eine Umorientierung in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik ein: Ressourcenschutz hat Vorrang vor spektakulären Neubauten. Es geht zuerst um die Sanierung und den Erhalt von Straßen und Wasserwegen und um die optimale Nutzung vorhandener Schienenwege. Wir sehen in der nicht ausreichenden Nutzung der Bahntrasse via Frankfurt (Oder) den Grund für die Verstopfung der A 12. Wir sind gegen eine „Umfahrungsstrecke" durch umliegende Orte, für die vor allem die Sandfurtbrücke über den Oder-Spree-Kanal gebaut und straßenmäßig angebunden werden soll. Wir wollen nicht, dass hochwertige unzertrennte Naturräume durch einen Brücken- und Straßenbau zerschnitten werden, dessen Wert als Straßennetzlückenschluss zwischen Seelow und Beeskow darin besteht, gegenüber einer guten vorhandenen Verbindung über Müllrose nur wenige Kilometer einzusparen. Die geplanten Millionen sind verschleuderte Steuergelder, auch wenn Bund und Land zahlen. Die Ökonomisierung der Bahn hat ihre Auswirkungen auf unseren Landkreis. Kein Ausbau der Bahnverbindung von Bad Saarow nach Beeskow und ungenügende Sicherung der Trasse, völlig unzureichender Service der RB 35 von Frankfurt (Oder) nach Berlin-Schönefeld dürfen vom Landkreis nicht ohne Dauerprotest hingenommen werden."
Kreiswahlprogramm der LINKEN in Oder-Spree

Kommunalwahl 2008 – Stephan Wende, Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE., gab der „MOZ/Spree Journal" ein Interview

Was wir in den nächsten fünf Jahren für den Landkreis Oder-Spree wollen

Von Stephan Wende

Vorsitzender DIE LINKE im Landkreis Oder-Spree

DIE LINKE in Oder-Spree hat sich das Ziel gesetzt, Gesellschafteranteile, die die deutsche Bahn am Busverkehr Oder-Spree hält, wieder zurückzukaufen. Was versprechen Sie sich davon?

Wir glauben, dass es in der Gesellschaft Leistungen geben muss, die nicht privatisiert werden dürfen. Dazu gehört die Bildung, aber auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Wenn immer mehr privatisiert wird, führt das auch zum Leistungsabbau. Die Fahrpläne werden ausgedünnt, notwendige Sanierungen und Instandsetzungsmaßnahmen auf die lange Bank geschoben. Das entspricht nicht dem Bedarf an Mobilität, gerade im ländlichen Raum. Durch die Rekommunalisierung kann der Landkreis den ÖPNV selber gestalten, unterliegt nicht dem Diktat der Gewinnmaximierung

Mit welchen Kosten rechnen Sie, um die Anteile zurückzukaufen?

Da müssen wir noch passen. Wir kennen nicht die Nebenverträge, die der Landkreis und die Bahn abgeschlossen haben. Das ist sicherlich ein Projekt, das nicht von heute auf morgen zu realisieren ist. Übrigens haben wir als Partei dem Verkauf damals nicht zugestimmt.

Heißt das auch, dass der Landkreis womöglich den Busverkehr bezuschusst, um auch unrentable Strecken aufrecht zu erhalten?

Es geht darum den Busverkehr so attraktiv zu gestalten, dass Bürger auch zum Umsteigen motiviert werden. Es muss auch gehen, dass unrentable Strecken durch gut gehende aufgefangen werden. Die Grundsatzfrage ist: gestalten wir den Verkehr in der Fläche selber, oder überlassen wir ihn dem Schicksal. Im Übrigen kann man nicht sagen, dass der Busverkehr funktioniert. Er übernimmt den Ersatzverkehr für die Bahn. Dafür ist er aber nicht da.

Wäre für DIE LINKE in diesem Zusammenhang eine Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke Bad Saarow–Beeskow wünschenswert?

Wir denken schon, dass es da einen Bedarf gibt. Nicht nur im Personenverkehr sondern auch als Unterstützung für die notwendige Wirtschaftsentwicklung im Raum Beeskow. In einem ersten Schritt müssten die Gleise, die dort verlegt sind, gesichert werden. In einem zweiten Schritt ist zu prüfen, in welcher Form die Betreibung machbar ist.

Sie fordern auch kostenlosen Schülerverkehr in den Bussen. Der Landrat lehnt dies mit Hinweis auf die schwierige Finanzlage ab.

Der Verweis auf die schwierige Kassenlage ist kein stichhaltiges Argument. Wenn ich etwas will, dann kann ich es auch umsetzen. Wir wollen, dass jedes Kind und Jugendlicher vernünftig in die Schule kommt – ohne finanzielle Belastung.

Nach wie vor, ist die Arbeitsmarktsituation in LOS angespannt. Sie fordern einen Einstieg in den öffentlichen Beschäftigungssektor. Wie kann dieser Einstieg aussehen?

Die Antwort darauf ist zunächst relativ klar und eindeutig: Wir müssen weg von den 1-Euro-Jobs. Es muss Schluss sein mit dieser Billigvariante, um die Arbeitslosenstatistik zu schönen. Dadurch werden schon viele Mittel frei. Diese Mittel für die Eingliederungshilfe müssen anders verwendet werden. Die Idee des Kommunal-Kombi zum Beispiel ist eine vernünftige. Es müssen aber Jobs sein, die mindestens drei Jahre laufen. Es muss Arbeit geschaffen werden, die nicht andere verdrängt.

Kann der Landkreis das leisten?

Wir glauben, dass der Landkreis das leisten kann. Wir müssen es natürlich auch wollen. Man muss nach geeigneten Projekten suchen. In anderen Regionen gibt es Beispiele dafür. Wichtig ist, dass die Verantwortlichen eine Vision haben, wohin sich Oder-Spree entwickeln soll, dass sie wissen, welche Potentiale in unserer Region liegen. Daraus lässt sich dann am besten ableiten, welche Arbeitsmarktprojekte wir fördern wollen, mit dem Ziel, diese zu verstetigen und somit Arbeit auf Dauer zu schaffen.

Ist es aus Sicht der LINKEN sinnvoll und gut, dass der Landkreis im Amt für Grundsicherung die Arbeitslosen betreut und vermittelt?

Das ist eine schwierige Frage. 2004 sind wir angetreten, weil wir mit vielen gegen Hartz IV waren und sind. Wir müssen Strategien entwickeln, wie man Hartz IV überwinden kann. Vermittlern, die in der Region verankert sind, gelingt besser, als einer Zentrale wie der Arbeitsagentur in Nürnberg. Nur: diesen Ansprüchen genügt das Amt für Grundsicherung in Oder-Spree heute noch nicht. Die Entscheidungsspielräume müssen genutzt werden. Nicht die Bedürfnisse der Verwaltung müssen die Politik im Landkreis bestimmen, sondern die Nöte der Langzeitarbeitslosen.

Sie wollen im Landkreis eine Energiewende einleiten. Bis 2030 sollen die kommunale Wirtschaft und die Haushalte vollständig auf die Nutzung erneuerbarer Energien umgestellt werden. Wie will die Linke das umsetzen?

Die Meisterung der Energiewende ist von zentraler Bedeutung. Andere Landkreis haben es vorgemacht, dass man den Anteil von erneuerbarer Energie – wie zum Beispiel Sonne – erheblich erhöhen kann. Darauf ist bei Neuinvestitionen zu achten. Auch Energieeinsparung, Umrüstung und Förderung aller Formen erneuerbarer Energien sind ein Thema. Auch bei der Bioenergie sehen wir

große Potentiale. Das könnte zum Beispiel zur Wiedernutzung brachliegenden Ackerlandes führen.

Der demographische Wandel wird sich in den nächsten Jahren auch im Landkreis bemerkbar machen. Wie kann der Wandel ohne Brüche gestaltet werden? Was muss in der nächsten Legislaturperiode angegangen werden?

Wir müssen den Wandel durchaus auch als Chance begreifen. Die Regionen in Oder-Spree – berlinnah und berlinfern – entwickeln sich allerdings diametral. Wir dürfen nicht zulassen, dass bestimmte Regionen abgehängt werden. Wir brauchen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landkreises. Der ländliche Raum muss lebenswert, also bewohnbar bleiben. Das heißt aber auch, dass Mobilität erhalten bleibt – auch in der Kommunikation, zum Beispiel in der Versorgung mit DSL. Es kann auch nicht sein, dass bei Versorgung mit Ärzten die Einwohnerzahl alleiniger Maßstab ist.

Einen Schwerpunkt im Wahlprogramm legen Sie auch auf die Jugendhilfe.

Wir werden zügig nach der Wahl die Kompetenz und Strukturen der Jugendarbeit überprüfen müssen. Das Jugendamt in Oder-Spree unter Führung ihrer Amtsleiterin hat vorwiegend die Kosten reduziert und setzt auf die Selbstheilungskräfte der Familie. Das verkennt aber die Situation. Es gibt Brennpunkte, wo das nicht funktioniert. Wir sind für eine positive Beratungspflicht. Das Jugendamt soll Möglichkeiten erhalten, offensiv zu handeln. Es gibt schon viele gute Konzeptionen, die müssen aber auch finanziell untersetzt werden.

Bisher ist DIE LINKE in der Führungsspitze des Landratsamtes nicht vertreten. In der nächsten Legislaturperiode wird es Änderungen geben. Stichwort Wahl eines Landrates. Welche Ziele verfolgen Sie?

Es wird uns als LINKE, auch in Umfragen, immer eine hohe kommunalpolitische Kompetenz zugeschrieben. Wir haben allerdings bisher viel zuwenig die Möglichkeit, Verwaltungshandeln zu beweisen. Wir werden sicherlich bei einer Landratswahl einen Kandidaten aufstellen. Wir haben kompetente Leute. Dafür brauchen wir aber auch eine zahlenmäßig starke Fraktion.

Sollte ein Landrat direkt von der Bevölkerung oder – wie bisher – vom Kreistag gewählt werden?

Wir sind für eine direkte Wahl durch die Bevölkerung.

„Bei der Umstellung auf das Sozialraumprinzip ist die Tendenz zu spüren, dass von Seiten des Jugendamtes oft die sparsamsten Modelle bevorzugt werden. Als Begründung dient häufig, das wäre die Variante, die von der Familie gewünscht wird. So gibt es dann weniger Bedarf für soziale Gruppenarbeit, Hilfe für junge Erwachsene wird nicht mehr gebraucht, aufsuchende Arbeit reduziert und betreute Jugendwohnformen abgewickelt."

Kreiswahlprogramm der LINKEN in Oder-Spree

21. Juni 2008, Trebus: WählervertreterInnenkonferenz der LINKEN Oder-Spree

DIE LINKE stellt 55 Frauen und Männer für Kreistagswahl im Landkreis Oder-Spree

Wahlkreis 1
Stadt Erkner, Gemeinde Grünheide, Gemeinde Schöneiche, Gemeinde Woltersdorf, Amt Spreenhagen

1. **Monika Krüger, Neu Zittau-Gosen**
2. Dr. Artur Pech, Schöneiche
3. Prof. Dr. Eva Böhm, Woltersdorf
4. Peer Jürgens, Erkner
5. Cornelia Winkel, Grünheide
6. Rolf Yasnikovski, Schöneiche
7. Sven Oberländer, Fürstenwalde
8. Frank Dahmen, Erkner
9. Frank Williges, Grünheide
10. Klaus Meyer, Schöneiche
11. Joachim Zillwich, Woltersdorf
12. Klaus-Dieter Föhlinger, Erkner

Wahlkreis 2
Stadt Fürstenwalde, Gemeinde Steinhöfel, Amt Odervorland

1. **Stephan Wende, Fürstenwalde**
2. Monika Pooch, Beerfelde
3. Bärbel Stiller, Langewahl
4. Stefan Sarrach, Fürstenwalde
5. Helga Paschek, Fürstenwalde
6. Jürgen Engert, Fürstenwalde
7. Barbara Plenzke, Rauen
8. Rene Benz, Fürstenwalde
9. Käthe Radom, Fürstenwalde
10. Sascha Hübner, Beerfelde
11. Martin Gollmer, Fürstenwalde
12. Lothar Nachtigall, Fürstenwalde
13. Gerold Sachse, Fürstenwalde
13. Jürgen Hartmann, Fürstenwalde
14. Jürgen Grasnick, Fürstenwalde
15. Jens Müller, Fürstenwalde
16. Horst Lang, Fürstenwalde
17. Tassilo Wyrwich, Fürstenwalde

Wahlkreis 3
Stadt Beeskow, Stadt Friedland, Gemeinde Rietz-Neuendorf, Stadt Storkow, Gemeinde Tauche, Amt Scharmützelsee, Amt Schlaubetal

1. **Dr. Bernd Stiller, Langewahl**
2. Helga Pickart, Alt-Golm
3. Gabriele Baum, Beeskow
4. Frihtjof Bastian, Fürstenwalde
5. Martina Däumler, Beeskow
6. Reinhard Grundemann, Rietz-Neuendorf
7. Ute Ullrich, Storkow
8. Christopher Voß, Storkow
9. Gabriele Hilbert, Storkow
10. Ulrich Gottwald, Storkow
11. Ingrid Schneider, Storkow
12. Dr. Eberhard Sradnik, Friedland
13. Detlef-Dirk Kolbe, Tauche
14. Hans Inderfurth, Storkow
15. Ullrich Stötzer, Beeskow
16. Dieter Metze, Müllrose

Wahlkreis 4
Stadt Eisenhüttenstadt, Amt Brieskow-Finkenheerd, Amt Neuzelle

1. **Helga Böhnisch, Eisenhüttenstadt**
2. Dr. Jörg Mernitz, Eisenhüttenstadt
3. Anja Schmidt, Eisenhüttenstadt
4. Peter Engert, Fürstenwalde
5. Marie-Louise Hardell-Illgen, Eisenhüttenstadt
6. Siegfried Wied, Grunow-Dammendorf
7. Mechthild Tschierschky, Eisenhüttenstadt
8. Rudi Schmidt, Eisenhüttenstadt
9. Klaus-Dieter Stöckmann, Eisenhüttenstadt

Geschäftsstelle DIE LINKE Beeskow

Mauerstraße
2715848 Beeskow
Tel. (0 33 66) 2 02 02
Fax (0 33 66) 52 03 69

Email: kontakt@linke-beeskow.de
Internet: www.linke-beeskow.de

Geschäftszeit:
Di. 10–12, 14–17 Uhr
Do. 10–12 Uhr
Fr. 9–15 Uhr

Stadt Beeskow

Aktiv alle Möglichkeiten nutzen, um Kindern zu helfen

Ich stelle mich der Wahl als Kreistagsabgeordnete der LINKEN im Oder-Spree-Kreis, weil ich durch meine langjährige Tätigkeit mit Kindern, aber auch ganz aktuell während der Arbeit im Verein Kinderfreizeit Beeskow e.V. sehe, welche Probleme und Schwierigkeiten viele Kinder haben, die nicht zu einer positiven Entwicklung beitragen.

Ich will mich dafür einsetzen, dass solche Forderungen wie kostenloses Mittagessen in den Kitas und die kostenlose Schülerbeförderung bald Wirklichkeit werden. Hauptschwerpunkte für ein kindgerechtes Leben im LOS sind die Schaffung vielfältiger Möglichkeiten der Förderung für leistungsschwache, sozial schwache aber auch besonders leistungsstarke Kinder. Menschen, die sich solchen Aufgaben widmen, sollten mehr Unterstützung bekommen.

Das Angebot an Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder, die keinen Hort besuchen, muss weiter erhöht werden. Besonders schöne Erlebnisse während der Ferien für jedes Kind sind auch sehr wichtig. Es muss deshalb in dieser Richtung noch mehr getan werden. Darum haben wir auch im November 2005 unseren Verein gegründet, um einen kleinen Beitrag dazu zu leisten. Neben vielfältigen Veranstaltungen, wie Kindertagsfeier, Teilnahme am Stadtfest in Beeskow, thematischen Bastelnachmittagen, Durchführung von Weihnachtsfeiern für Kitas fahren wir in diesem Jahr bereits das dritte Mal mit 50 Kindern aus Beeskow und Umgebung für eine Woche an die Ostsee. Dabei kommen über die Hälfte der Kinder aus sozial schwachen Familien.

Das ist aber erst der Anfang. Wenn alles klappt und wir ein eigenes Vereinsgebäude bekommen, werden wir unser Angebot auf jeden Fall erweitern.

Ein weiterer Punkt sind Kontrollmaßnahmen für beschlossene Projekte. Eine regelmäßige Information direkt am Ort des Geschehens würde sicher noch Reserven aufzeigen.

Die Umsetzung dieser genannten Schwerpunkte sehe ich als meine Aufgabe im Kreistag und auch in meiner weiteren persönlichen Tätigkeit an.

Martina Däumler, Beeskow

Monika Krüger

Kreistagswahlkreis 1 – Stadt Erkner, Gemeinde Grünheide, Gemeinde Schöneiche, Gemeinde Woltersdorf, Amt Spreenhagen

Monika Krüger erneut als Spitzenkandidatin gewählt

Am Wahltag werde ich 53 Jahre alt sein. Mein offizieller Familienstand ist geschieden, ich lebe aber schon einige Jahre glücklich in einer Partnerschaft. Zur Familie, die mir sehr wichtig ist, gehören meine beiden Kinder, mein Schwiegersohn und die beiden Enkelkinder Lea und Erik. Ich wohne in Neu Zittau, jetzt Ortsteil der zwangsvereinigten Gemeinde Gosen-Neu Zittau im Amt Spreenhagen.

Die Schule habe ich in der DDR, mein Studium der Mathematik in Odessa, damals UdSSR, heute Ukraine, absolviert. Nach dem Studium war ich zuerst im Bauwesen, danach in der Telekommunikation tätig – letzteres auch nach der Wende. Ich habe zahlreiche Umstrukturierungen vor und im Konzern Deutsche Telekom erlebt und überlebt. Gegenwärtig arbeite ich als IT-Projektmanagerin bei der Telekomtochter T-Systems.

Meine politischen Aktivitäten vor der Wende fanden wie bei vielen DDR-Bürgern im betrieblichen Umfeld statt, bei mir vor allem in der gewerkschaftlichen Arbeit. Kommunalpolitisch aktiv wurde ich erst zur Wendezeit in meinem damaligen Wohnort Erkner. Bereits seit der Kommunalwahl 1990 habe ich ein Mandat der PDS beziehungsweise nun bei DIE LINKEN im Kreistag inne, seit 1992 den Vorsitz der jeweiligen Fraktion der PDS beziehungsweise der LINKEN.

Das Markenzeichen der LINKEN im Kreistag war und ist der beharrliche Einsatz für die Rechte Benachteiligter, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, Hartz-IV-Betroffenen, Geringverdienern und Senioren. In den vergangenen Wahlperioden haben wir immer öfter erreicht, dass sich die Kreisverwaltung und die anderen Fraktionen des Kreistages bewegen mussten. Dabei sind wir uns stets bewusst, dass wir als LINKE keine Insel der Glückseligen im Landkreis Oder-Spree gestalten, sondern uns natürlich nur unter den gegebenen europa-, bundes- und landespolitischen Bedingungen bewegen können. Aber wenigstens die vorhandenen Gestaltungsspielräume soll kreisliche Politik ausschöpfen und nicht permanent mit angeblich alternativlosen Finanzzwängen argumentieren. Politisches Handeln muss auch im Landkreis mehr als die ständig propagierte Haushaltssanierung sein.

Diesen bisher vertretenen Politikansatz möchte ich in der nächsten Wahlperiode wieder in eine Fraktion der LINKEN im Kreistag einbringen. Dies in der Hoffnung, dass uns noch mehr Wähler ihr Vertrauen und ihre Stimme geben.

Persönlich möchte ich meine Erfahrungen und Kompetenzen in den Bereichen Rechnungsprüfung, für die Kontrolle sowohl der kreislichen Unternehmen und der Verwaltungstätigkeit insgesamt sowie mein in den zurückliegenden Jahren gesammeltes Wissen über die Gesamt-Entwicklung des Landkreises weiter einbringen.

Gleichzeitig kandidiere ich auch für die Gemeindevertretung Gosen-Neu-Zittau.

Gemeinde Tauche

Wer nicht Links wählt, kürzt sich selbst!

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

jeden Tag schlage ich genau wie Sie die Zeitung auf, lese und merke die stetigen Preiserhöhungen bei den Kraftstoffen (zwei € wird bestimmt bald bei Benzin erreicht bzw. überschritten sein) und Lebensmitteln. Hinzu kommen weitere Kürzungen im sozialen Bereich die durch die Bundesregierung (CDU/SPD) fixiert werden (Kürzungen im Gesundheitswesen, Kürzungen in der Rentenversicherung, Arbeitslosengeld II, in der Sozialhilfe, beim Wohngeld usw.). Fast jede Familie unterhält sich in persönlichen Gesprächen oder bei Feierlichkeiten über die neuen bevorstehenden Kürzungen. Da werden halbherzige Gesetze verabschiedet, die in der Regel darauf gerichtet sind, die Bürgerinnen und Bürger durch die Hintertür weiter zu schröpfen. Jeder Bürger denkt dabei daran, dass die Schmerzgrenze jetzt bald erreicht ist. Aber das Kürzen geht weiter und weiter. Was die Politiker dabei vergessen, bei ihren Diäten einzuhalten. Nach dem alten Motto: „… sie tranken heimlich Wein und predigten öffentlich Wasser“.

Ich stehe im Leben und betrachte meine Umgebung genau. Sehe wie immer mehr Menschen in Armut und Schulden verfallen. Es ist Zeit zu handeln! Schaffen wir einen Gegenpol dies zu verhindern, bevor uns die Armut ganz trifft! Jetzt!

Viele von Ihnen, die mich persönlich kennen gelernt haben, wissen, dass ich mich bisher immer gegen Preiserhöhungen, soziale Kürzungen und halbherzige Gesetze der Bundesregierung ausgesprochen habe und es in Zukunft auch werde. Ich habe mich als Parteimitglied der LINKEN und Mitglied in der Gemeindevertretung Tauche als auch im Kreistag, als sachkundiger Bürger im Finanzausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss gegen Preiserhöhungen und die Sparpläne der Bundesregierung eingesetzt.

Daraus schlussfolgernd habe ich mir für diese Kommunalwahl vorgenommen, für DIE LINKE als Gemeindevertreter der Gemeinde Tauche zu kandidieren. Um weitere Kürzungen im kommunalen Bereich zu vermeiden und die Belastung der Bürger so erträglich wie möglich zu halten, sehe ich DIE LINKE als Alternative gegen soziale Kürzungen und trete, nachdem die SPD versagt hat, für DIE LINKE gegen rechts an.

Ich trete bei der Kommunalwahl 2008 für die vielen Arbeitslosen, die sozial Schwachen, für unsere Rentner und vor allem für unsere Kinder, gegen soziale Kürzungen mit Lösungskonzepten an.

Ich rufe alle Bürgerinnen und Bürger auf, Ihre Aussichtslosigkeit und Ihre Resignation zu überwinden und DIE LINKE als Alternative gegen rechts zu wählen. DIE LINKE hat sich reformiert!

Besinnen wir uns auf unsere Kraft im Jahr 1989! Wir sind das Volk! Und nur mit unserer Kraft können wir das Ruder herumreißen!

Geben Sie mir dafür am 18. September 2008 Ihre Stimme für fachliche Kompetenz, gegen weitere Kürzungen im sozialen Bereich!

Ihr Detlef-Dirk Kolbe

Detlef-Dirk Kolbe
Sozialversicherungsfachangestellter, Dipl. Verwaltungsbetriebswirt/Finanzökonom, Kandidat der LINKEN für die Gemeindevertretung der Gemeinde Tauche und den Kreistag Oder-Spree

Amt Scharmützelsee

Gerlinde Stobrawa und Dr. sc. med. Bernd Gestewitz als Spitzenkandidaten nominiert

Die Mitgliederversammlung der Partei DIE LINKE. Amtsorganisation Scharmützelsee hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 28. September 2008 nominiert. Es galt, die Bewerberinnen und Bewerber für ein Mandat in der Gemeindevertretung Bad Saarow und Reichenwalde sowie den Ortsbeirat/Ortsteilbürgermeister des Ortsteils Petersdorf und nicht zuletzt für die/den ehrenamtliche/n BürgermeisterIn in Bad Saarow auszuwählen. Vorausgegangen waren zahlreiche Gespräche mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Bad Saarow, um möglichst kompetente und mit den Sorgen und Nöten der Bad Saarower Bürgerinnen und Bürger vertraute Personen zu finden. Ein gutes Gemisch aus erfahrenen und neuen Abgeordneten, aus Frauen und Männern, aus Jungen und Alten sollte mit den vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten erreicht werden. Und das ist, so glauben wir, gelungen.

Die Liste der LINKEN führen Gerlinde Stobrawa, Landtagsabgeordnete und Vizepräsidentin des Landtags Brandenburg und bisherige ehrenamtliche Bürgermeisterin zusammen mit Dr. sc. med. Bernd Gestewitz, Facharzt für Neurologie und bisheriger Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Bad Saarow, an – also zwei erfahrene Kommunalpolitiker. Ihnen folgt Brigitte Stange, von Beruf Krankenschwester, die neu für die Gemeindevertretung antritt und der bereits erfahrene Dr. Heiko Ziervogel, der als Unternehmensberater und stellvertretender Bürgermeister tätig ist. Neben den bereits viele Jahre als Gemeindevertreter arbeitenden Wilfried Portius, Gastwirt, und Klaus Schinkel, Dipl.-Verwaltungs-/Betriebswirt treten die „Neulinge“ Marianne Keiter, Kauffrau, Bernd Puschmann, Meister für Betriebstechnik und Thomas Broschinski, Niederlassungsleiter der Fa. Oppitz in Bad Saarow an.

Für die Gemeindevertretung Reichenwalde wurde erneut die Krankenschwester Waltraud Böker nominiert, für den Ortsbeirat bzw. Ortsteilbürgermeister im OT Petersdorf Klaus Schinkel.

Die Nominierung von Gerlinde Stobrawa für die Wahl zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin in Bad Saarow wurde mit großem Applaus gewürdigt.

Helga Pickart, Mitglied des Vorstands der LINKEN im Amt Scharmützelsee

https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de, Info-Broschüre 2008, Lars H.W.Heller

Bürgerhaushalte – eine Chance für mehr Demokratie

Deutschland ist ein demokratischer Staat – das heißt nach dem Wortsinn, dass das Volk herrscht. In Deutschland wird die dominierende repräsentative Demokratie durch Formen der direkten Demokratie ergänzt. Auf kommunaler und Landesebene gibt es mit Bürgerbegehren und Volksinitiativen Möglichkeiten, wie sich Menschen direkt an Politik beteiligen können. Allerdings stehen die Initiativen aus dem Volk in Brandenburg vor dem Finanzvorbehalt – das bedeutet, dass sie keine direkten Auswirkungen auf den Haushalt haben dürfen. Somit sind natürlich viele Ideen und Begehren ausgeschlossen.

Bürgerhaushalt in Porto Alegre

Einen anderen Weg ging erstmals 1989 die brasilianische Stadt *Porto Alegre*. Die Bürgerinnen und Bürger wurden über die Ausgaben der Stadt befragt. Dieser Orçamento Participativo (Beteiligungshaushalt) ist ein großer Erfolg und die Idee des Bürgerhaushaltes wurde weltweit bekannt. Europaweit sind es über 50 Städte und in Deutschland gibt es viele Projekte dieser Art, so z. B. im Berliner Stadtbezirk Lichtenberg, in Potsdam und Cottbus.

DIE LINKE setzt sich seit langem für mehr Beteiligung der Menschen an der Politik ein. Wir streiten für partizipative Ansätze wie den Bürgerhaushalt. Daher wurde das Projekt in Berlin-Lichtenberg unter dem damaligen PDS-Bürgermeister Wolfram Friedersdorff eingeführt.

Was genau ist ein Bürgerhaushalt?

Zunächst einmal nehmen Bürger ohne politisches Mandat an der Erstellung und Umsetzung öffentlicher Finanzen teil. Außerdem muss es sich um einen in der Dauer angelegten Prozess und keine einzelne Veranstaltung handeln. Auch beruht der Bürgerhaushalt auf einem Diskussionsprozess im Rahmen besonderer Foren – die Öffnung bestehender Verfahren für „normale" Bürger widerspricht dem Anliegen. Im Zentrum des Verfahrens steht die Diskussion aller BürgerInnen um die Prioritäten angesichts begrenzter Ressourcen.

Der Bürgerhaushalt sollte stärker als bisher ein Projekt der LINKEN sein. Es steht für unsere Forderung nach mehr Demokratie und kann Menschen wieder für ihre Belange und für Politik interessieren.

Peer Jürgens, MdL, Erkner

Weitere Infos u. a. bei der Bundeszentrale für politische Bildung und den Kommunen Berlin-Lichtenberg und Potsdam unter:
- *www.buergerhaushalt.org*
- *www.buergerhaushalt-lichtenberg.de*
- *www.potsdam.de/cms/ziel/550063/DE*

Bürgerhaushalt in Erkner machbar

Idee für einen partizipativen Haushalt

Der aktuelle Haushaltsplan der Stadt Erkner hat ein Volumen von ungefähr 14 Millionen Euro. Sowohl der Haushalt als auch das Investitionsprogramm werden vom Stadtparlament beschlossen – ohne breite Mitwirkung der Menschen. Mit der Idee eines Bürgerhaushaltes ließe sich das ändern.

Zunächst sollte dieser Prozess wissenschaftlich begleitet werden – in Potsdam startete das Projekt beispielsweise in einer engen Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam. Als erster Schritt könnte ein kleiner Teil des Haushaltes (1 Prozent) für die Belange der BürgerInnen „reserviert" werden. Auf Versammlungen in den Stadtteilen können interessierte Menschen über ihre Wünsche und Ideen diskutieren, die sie in der Stadt umgesetzt haben möchten. Das können natürlich ganz allgemeine Aufgaben sein, aber eben auch Projekte, für die der 1-Prozent-Topf im Haushalt reserviert ist. In einer stadtweiten Abstimmung sollte nach den Diskussionen die Reihenfolge der Projekte abgestimmt werden.

Die Erkneraner LINKE will in der nächsten Legislaturperiode die Mitwirkung der Einwohner durch einen Bürgerhaushalt verbessern.

Peer Jürgens, Erkner

Bürgerhaushalt auch in Schöneiche erreichen

Im Kommunalwahlprogramm 2008 der Schöneicher LINKEN heißt es: *„So würde eine Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des öffentlichen Haushaltes und der Kontrolle seiner Umsetzung im Dialog zwischen Bürger, Verwaltung und Politik zu mehr Transparenz und Bürgernähe führen. Die von uns eingeleitete Initiative zu dieser öffentlichen Haushaltsplanung, die bis hin zur Aufstellung eines Bürgerhaushaltes führen soll, ist fortzusetzen."*

Auch Schöneicherinnen und Schöneicher erheben den Anspruch auf direkte Mitgestaltung der Entwicklung unseres Ortes. Wichtiges Instrument der Ortsentwicklung ist der kommunale Haushalt. Wenn dieser von der Gemeindevertretung beschlossen wird, so bedeutet dies längst noch nicht, dass damit die tatsächlichen Interessen der Einwohner berücksichtigt werden. Zumal die Meisten die entsprechenden Beschlüsse und den Inhalt des Haushaltes gar nicht kennen!

Immerhin hat der Bürgermeister der Gemeinde Schöneiche bei Berlin bereits 2006 den Entwurf des Haushaltes auf einer Veranstaltung öffentlich vorgestellt. Dieser Schritt führte aber noch nicht zu einer bewussten Einflussnahme größerer Teile der Einwohnerschaft, auf die Gestaltung einzelner Aspekte des kommunalen Haushaltes.

Hier setzt die Idee des Bürgerhaushaltes an. Einwohnerinnen und Einwohner wirken bei der Aufstellung, Umsetzung und Ergebniskontrolle öffentlicher Haushalte mit. Ziel des Bürgerhaushaltes soll die Gestaltung der Politik im Einvernehmen mit den Bürgern, bei gleichzeitiger Stärkung des Engagements des Einzelnen für öffentliche Belange in seiner Kommune, sein.

Anfang 2006 hat die Mitgliedschaft der Schöneicher LINKEN auf einer öffentlichen Veranstaltung den Bürgerhaushalt thematisiert und sich von Vorreitern eines solchen Verfahrens aus Berlin-Lichtenberg erläutern lassen. Die Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger stimmen nun bereits zum dritten Mal in Folge über Teile des Haushaltes ihres Stadtbezirkes ab!

Die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes ist natürlich nicht ganz unproblematisch. Bei den Einwohnerinnen und Einwohnern – und bei Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung – muss natürlich die nötige Bereitschaft zur Mitwirkung bestehen. Unter Mitwirkung ist hier das Einbringen von Ideen und Vorschlägen zu verstehen. In Lichtenberg gab es bei den Bürgern ein überwiegend positives Echo!

Wir werden unseren im Jahr 2006 begonnenen Weg hin zu einem Bürgerhaushalt auch in Schöneiche fortsetzen.

DIE LINKE in Schöneiche ist der festen Überzeugung, dass der Bürgerhaushalt auch unserer Gemeinde und den Interessen seiner Einwohnerinnen und Einwohner dient – ein weiterer Schritt zum „bürgernahen Gemeinwesen"!

Beate Simmerl
für den Ortsvorstand DIE LINKE. Schöneiche

Landtagsmehrheit lehnt die Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ ab

JA zum Volksbegehren, JA zum Energiedialog

Mit der Ablehnung der Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue“ stößt die Landtagsmehrheit nicht nur die Initiatorinnen und Initiatoren sowie deren über 26 000 UnterstützerInnen vor den Kopf, sondern jene fast zwei Drittel der brandenburgischen Bevölkerung, die den mittelfristigen Ausstieg unseres Landes aus der Braunkohlenutzung – bei gleichzeitigem Ausbau erneuerbarer Energien – wünschen. Dem gerade beginnenden Energiedialog und ihrer eigenen Glaubwürdigkeit in diesem Prozess hat die Koalitionsmehrheit damit einen Bärendienst erwiesen. *(siehe „Widerspruch“, 6/2008, Seite 8)*

Die Landtagsmehrheit wirft der Volksinitiative vor, nicht die richtige und notwendige Balance zwischen Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieproduktion einerseits und der unverzichtbaren Umwelt- und Klimaverträglichkeit der Energiewirtschaft andererseits zu ermöglichen. In Wirklichkeit ist es die brandenburgische Regierungskoalition, die einseitig den Interessen des Wirtschaftsunternehmens Vattenfall folgt und damit die dringend gebotenen Umwelt- und Klimaverpflichtungen missachtet. Selbst die Bundesregierung sieht den Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung bis 2050 vor – in Brandenburg soll dies

offenbar nicht gelten. Man darf gespannt sein, wie die brandenburgischen Sozialdemokraten dies dem SPD-Bundesumweltminister Gabriel erklären wollen.

Die Volksinitiative hat in den letzten Monaten jener Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger Gewicht und Stimme verliehen, die den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle wollen.

Diese Mehrheit muss auch weiter Gewicht und Stimme haben. Denn eines ist klar: Die energiepolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre werden auch in Brandenburg gewaltig und ohne einen neuen gesellschaftlichen Konsens – vor Ort und im Land – nicht zu lösen sein. Kurzsichtiger, parteiegoistisch begründeter oder vordergründig wahlkampforientierter Umgang mit dem Thema schadet der Sache. Es braucht einen brandenburgischen Energiedialog – ernsthaft und offen. Dies ist der geeignete Rahmen dafür, für die eigene Position zu werben und zugleich gemeinsam ein Stück klüger zu werden.

Bei gutem Willen sind jetzt erste Anzeichen für das Zustandekommen dieser von der LINKEN und der Volksinitiative angeregten brandenburgischen Energie-Dialogs zu erkennen. Es gibt die Gesprächsbereitschaft mittlerweile auch von Vattenfall, von führenden Wissenschaftlern des Landes und nicht zuletzt der Landesregierung, die sich in der Anhörung der Volksinitiative im Landtag ebenfalls für eine breite Diskussion zum Thema Energiestrategie ausgesprochen hat. Es ist gut, dass der Entwurf der Landesregierung für eine Energiestrategie und für ein Maßnahmepaket zum Klimaschutz nicht durch den Landtag gepeitscht, sondern nunmehr einem ernsthaften parlamentarischen Verfahren und einer gründlichen politischen Erörterung unterzogen werden soll. Auch der Landtagsausschuss für Infrastruktur und Raumplanung hat nach Anhörung der Volksinitiative „eine breite öffentliche Diskussion … zu Fragen der sicheren und Klima schonenden Energieversorgung in Brandenburg“ empfohlen.

aus der Erklärung des Landesvorstandes der LINKEN, 10. Juli 2008

www.flickr.com, © hAdamsky

Die entscheidende Frage ist, zu welchem Ergebnis ein Energieialog führt. DIE LINKE wird für den Erhalt der von weiteren Tagebauaufschlüssen bedrohten Dörfer, für deutliche Schritte zur Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes gemäß den Zielen des Kyoto-Protokolls, für Rechtssicherheit bei der Bindung einer weiteren Braunkohle-Nutzung an die CCS-Technologie und für den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohle-Verstromung werben.

Zur Energiestrategie für Brandenburg

Die Landesregierung ohne Plan B

Nach langem Drängen und Fordern hat die Landes regierung jetzt endlich eine Energiestrategie 2020 vorgelegt. Sie will damit aufzeigen, wie sie in den nächsten 15 Jahren mit der Stromerzeugung umgehen will. Aber eine wirkliche Strategie hat die Landesregierung nicht, auch wenn das Papier so heißt. Wichtige Entscheidungen werden nicht getroffen oder angesprochen.

So wird zum Beispiel hinsichtlich der notwendigen radikalen CO_2-Reduktion kein Schritt nach vorne getan. Stattdessen schlägt die Landesregierung hier bei der wichtigsten Klimaschutzmaßnahme in unverantwortlicher Art und Weise eine Strategie des Stillstandes vor. Das Kernziel der bisherigen Energiekonzeption in Umsetzung des geltenden Kyoto-Protokolls, bis 2010 bereits 53 Mio. Tonnen energiebedingte CO_2-Reduktion zu erreichen, wird um ganze 10 Jahre nach hinten verschoben.

Die nötigen Anpassungen an den Klimawandel und seine bereits heute absehbaren Auswirkungen findet kaum statt. Stattdessen ist diese Strategie mehr auf das Unternehmenskonzept des schwedischen Staatskonzern Vattenfall für sein äußerst profitables Deutschlandgeschäft der Braunkohleverstromung zugeschnitten. Der Aufgabe, sich dem Aufbau einer wirklich zukunftsfähigen Energieversorgung für Brandenburg zu verpflichten, mit der auch nachfolgende Generationen gut leben können, stellt sich diese Landesregierung nicht.

Die Energiestrategie sieht als einzigen Weg die so genannte CCS-Technologie (Abscheidung aus den Rauchgasen der Braunkohlenkraftwerke und unterirdische Deponierung von Kohlendioxid) vor. Allerdings steht in dem Papier mit keinem Wort eine Strategie, falls diese Technologie nicht rechtzeitig und wirtschaftlich zur Verfügung steht. Die CCS-Technologie kann allenfalls eine Zwischenlösung für den dringend notwendigen schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung und den Übergang in den Weg in eine solare Wirtschaft sein. Aber nur für den Fall, dass sie funktioniert, sieht die Landesregierung in 2020 die sofortige Schließung der Tagebaue und Kraftwerke vor. Aber auch hier berücksichtigt sie keine Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in der Energieregion Lausitz. Sie hat einfach keinen Plan B.

DIE LINKE will weiterhin erneuerbare Energien wie Windkraft, Biomasse oder Photovoltaik kontrolliert ausbauen und Braunkohle kontrolliert zurückfahren.

Peer Jürgens, Erkner, MdL

Gerrit Große (l.), MdL, Bildungspolitische Schrecherin der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag (links) protestiert gemeinsam mit Schülern und Eltern aus Leegebruch (Oberhavel) am 16. 11. 2007 beim Brandenburger Bildungsminister Holger Rupprecht (SPD) gegen die Schließung ihrer Schule.

Foto: Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg

Renate Adolph und Gerrit Große, Landtagsfraktion DIE LINKE., diskutierten Bildungspolitik in Schöneiche

Welche Schulen besuchen unsere Kinder nach der 6. Klasse?

Wie vielerorts in Brandenburg schlagen die Emotionen von Schülerinnen und Schülern und deren Eltern auch in Schöneiche und Woltersdorf zur Zeit hoch. Wie geht es weiter nach der 6. Klasse? In Schöneiche bei Berlin ist nach der 6. Klassenstufe Schluss. Die Kinder der zwei Ganztagsschulen müssen ab Klassenstufe 7 längere Schulwege in die umliegenden Kommunen zurücklegen. Woltersdorf diskutiert derzeit, ob der Bildungsstandort einer Oberschule mit einem freien Träger erhalten werden kann. Staatlicherseits wird sie angesichts geringer Schülerzahlen nicht fortgeführt.

Gründe genug für Kommunalpolitiker, Eltern und Interessenvertreter aus beiden Gemeinden, sich mit Fachkompetenten aus dem Landtag zu beraten. Dazu hatte Landtagsabgeordnete Renate Adolph ihre Fraktionskollegin Gerrit Große, die bildungspolitische Sprecherin, Ende Juni zu einem Forum der LINKEN über Bildungspolitik in Brandenburg eingeladen.

Sollte nicht die Idee einer weiterführenden Gemeinschaftsschule in Schöneiche wiederbelebt werden? Wäre so eine gemeinsame Schule nicht für beide Kommunen denkbar? Sind Schulen in freier Trägerschaft zu empfehlen? Inwieweit kann sich die Kommune beteiligen?. Was muss sich am Bildungssystem ändern, damit alle gleiche Chancen für eine gute Bildung haben? – Die abendliche Diskussion in Schöneiche war lang und von allen Beteiligten engagiert geführt.

Der springende Punkt ist immer wieder die Finanzierung, erläuterte Bildungsexpertin Große. Wer an Bildung spart, spart ganz sicher am falschen Ende. Brandenburg gibt je Schüler im Bundesvergleich am wenigsten aus. Die Ergebnisse schlagen sich bei PISA nieder. Aber auch nach der wirtschaftsorientierten Studie „Bildungsmonitor 2007“ befindet sich Brandenburg weiterhin im unteren Drittel und gehört zu den Schlusslichtern.

Natürlich favorisiert die LINKE eine Schule, in der die Kinder möglichst lange gemeinsam lernen und sich nach der achten oder zehnten Klasse entscheiden, ob sie das Abitur machen wollen. Die skandinavischen Länder machen das mit herausragenden Ergebnissen vor.

Die Bundesdeutsche Verfassung lässt freie Bildungsträger neben den staatlichen zu. Wenn staatliche Schule versagt, können auch private Initiativen und gemeinnütziges Engagement von freien Trägern sinnvoll sein., so die Sozialverträglichkeit und ein humanistisches Bildungskonzept gewährleistet sind. Gerrit Große sagte zu, anhand der genauen Schülerzahlen in Woltersdorf und Schöneiche mit dem Bildungsministerium über die Möglichkeit einer gemeinsamen Schule ab Klasse 7 für die beiden Gemeinden zu sprechen. Renate Adolph wird die Lage noch einmal mit den beiden Bürgermeistern beraten. Heinrich Jüttner, Bürgermeister von Schöneiche, der die Diskussion mit großem Interesse verfolgte, sagte einem solchen Gespräch zu.

Helga Hummel
Mitareiterin des MdL Renate Adolph
im Bürgerbüro – Mahlsdorfer Str. 61
15366 Hoppegarten, OT Hönow,
Tel. (030) 99 27 47 49,
E-Mail: renate@adolph.de
Internet: http://adolph.de

DISPUT

Über Aktionen und Fraktionen, über Infostände und Hartz-IV-Beratung.
Über »große« Politik und »kleine« Basisgruppe.
Mit Berichten, Porträts, Interviews und Reportagen (nicht nur) aus dem politischen Alltag.
Und mit einer einzigartigen Seite 48.

Jeden Monat für 2 Euro.
Im Jahresabo für 21,60 Euro:
DISPUT. Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
disput@die-linke.de
Telefon (030) 24 00 95 10

www.die-linke.de

DIE LINKE.

1500 Lehrerstellen in Brandenburg gekürzt

Ein Stück aus dem Irrenhaus

Da versteh einer die Welt … SPD und CDU haben gerade erst mit dem letzten Doppelhaushalt 2008/09 insgesamt 1 500 Lehrerstellen gekürzt. Am Personal in den Schulen wird seit Jahren gespart. Und als wenn die linke Hand bei der Koalition nicht wüsste, was die rechte tut, stellen SPD und CDU nach der Kürzung entgeistert fest, dass ja ganz viel Unterricht in Brandenburg ausfällt – weil Lehrkräfte fehlen. Damit kein Unterricht mehr ausfällt, kommt daher die CDU auf die Idee, den Menschen eine Unterrichtsgarantie zu versprechen – in ihrem neuen 7-Punkte-Sofortprogramm. Diese Garantie führt nicht, wie vielleicht vermutet und dringend nötig, zu neuen Lehrerstellen, Gott bewahre. Alles bleibt, wie es ist – aber eine Garantie wurde ausgesprochen. Die Koalition wird immer dreister, wenn es um das Täuschen und Verschleiern geht. Das ist aus deren Sicht auch dringend nötig – die Garantie von SPD und CDU ist längst abgelaufen.

Peer Jürgens, Erkner, MdL
www.peer-juergens.de

Vielen Menschen fällt es schwer, die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu finanzieren.

Schöne Ferien für alle – Sozialticket für Fernverkehr

Im derzeitigen Hartz-IV-Regelsatz sind für den öffentlichen Nahverkehr nur 11,04 Euro vorgesehen. Das Monatsticket kostet in den meisten Städten das drei- bis fünffache. Für den Fernverkehr sind im Hartz-IV-Regelsatz sogar nur 2,99 Euro pro Monat vorgesehen. Weit kommt man damit nicht.

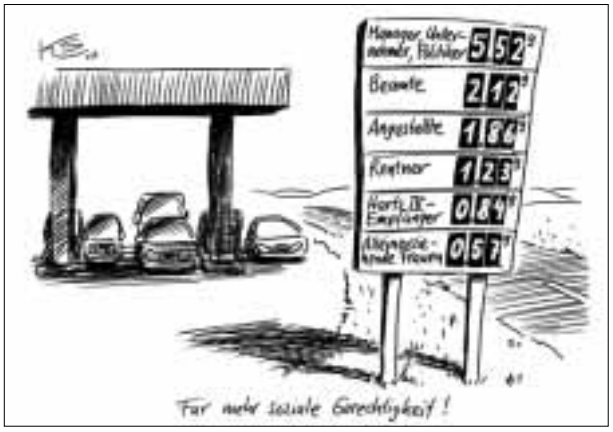
Ein Sozialticket sowohl für den Nahverkehr als auch für den Fernverkehr könnte hier Abhilfe schaffen. Darum unterstützt DIE LINKE die zahlreichen lokalen Initiativen, die für die Einführung von kostenfreien oder ermäßigten Sozialtickets für den lokalen bzw. regionalen öffentlichen Nahverkehr eintreten.

Die LINKE fordert darüber hinaus die Einführung eines Sozialtickets für den Fernverkehr. So könnte z.B. die Bahncard 25, mit der man bei längerfristiger Buchung Tickets für weniger als die Hälfte bekommt, an Einkommensschwache für nur fünf Euro verkauft werden. Die Bundesregierung ist gefragt, ihren Einfluss gegenüber der Deutschen Bahn AG im Sinne eines Sozialtickets geltend zu machen.

Gerade in der Sommerferienzeit locken viele Aktivitäten im Freien, vor allem im Sport-, Bildungs- und Kulturbereich. Allerdings sind die Wege dahin nicht selten weit und viele Sozialleistungsbeziehende können sich weder die teuren Fahrten innerhalb der eigenen Kommune leisten, noch eine Fahrt im Fernverkehr bezahlen. Von dieser Ausgrenzung sind vor allem Familien mit Kindern betroffen. Dies ist nicht hinnehmbar. Auch Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen muss es im Sommer möglich sein, Großeltern oder Freunde zu besuchen, die womöglich in einer anderen Stadt leben.

Die Einführung eines Sozialtickets kann hier helfen, wenigstens ein Mindestmaß an Mobilität zu ermöglichen. Grundsätzlich ist die eingeschränkte Mobilität von Erwerbslosen und Niedriglöhnern ein weiterer Beleg dafür, dass der Hartz-IV-Regelsatz dringend auf mindestens 435 Euro erhöht werden muss – sozusagen als ersten Schritt zu einer repressionsfreien Grundsicherung.

Katja Kipping, MdB, stellv. Vorsitzende DIE LINKE



Mit allen Mitteln gegen Nazis

Eine antifaschistische Klausel gehört in die Landesverfassung

Die PDS berief und DIE LINKE heute beruft sich mit Recht immer auf ihren antifaschistischen Gründungskonsens. Kampf gegen alte und neue Nazis, gegen Antisemitismus und Rassismus und das Streiten für Toleranz, Frieden und Weltoffenheit ist eine der zentralen Botschaften unserer Partei.

Diese Botschaft tragen wir auf unterschiedlichen Wegen – ob auf der Straße, bei Sitzblockaden, Demonstrationen, ob mit „Nazis raus"-Kampagnen oder Bildungsarbeit, ob mit Gedenken an die Opfer des Faschismus oder der offenen Auseinandersetzung mit Rechtsextremem in und außerhalb von Parlamenten. Wir, DIE LINKE, sind eine antifaschistische Partei und müssen es auch bleiben. Leider ist im Land Brandenburg ein solch starkes Engagement gegen Rechts nicht überall zu finden und überall werden Nazis immer präsenter und mutiger.

Seit Jahren gibt es in Brandenburg und Deutschland steigende rechtsextreme Tendenzen. Das belegen u.a. der parlamentarische Einzug von Rechtsextremisten in Landtage und Kommunalvertretungen. Zu den vielfältigen Strategien gegen die Rechtsextremisten gibt es unterschiedliche Ansichten. So kommt ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD nicht zustande, da ein Verfahrenshindernis, nämlich das Abschalten der V-Mann Quellen, durch die CDU-geführten Länder bis heute abgelehnt wird. Auch der 10. Jahrestag des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg" der Landesregierung ist für die Fraktion DIE LINKE Anlass, neue Impulse in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu geben. Darum werden wir im Landtag zur nächsten Sitzung im Juli einen Antrag einbringen, die Landesverfassung um eine Art antifaschistischer Klausel zu erweitern.

Konkret geht es uns darum, friedliches und gewaltfreies Handeln aller staatlichen Organe zu betonen. Die Wiederbelebung von nationalsozialistischem Gedankengut soll als verfassungsfeindlich eingestuft werden. Sicher kann eine solche Verankerung in der Landesverfassung nur ein Schritt sein – unser Engagement gegen Rechts muss in seinen vielfältigen Formen weitergehen. Aber mit der Aufnahme die die Landesverfassung würde der Antifaschismus aufgewertet werden. Interessant wird nun das Bekenntnis der Koalition sein. In Mecklenburg-Vorpommern gab es für eine solche Verfassungsänderung die breite Zustimmung von FDP, CDU, SPD und LINKE. Das sollte für Brandenburg ein Beispiel sein.

Peer Jürgens, Erkner, Mitglied des Landtages Brandenburg

Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Artikel 18a
(Friedensverpflichtung, Gewaltfreiheit)
(1) Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.
(2) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig.

Zu „Schönbohm: DDR wird verherrlicht“

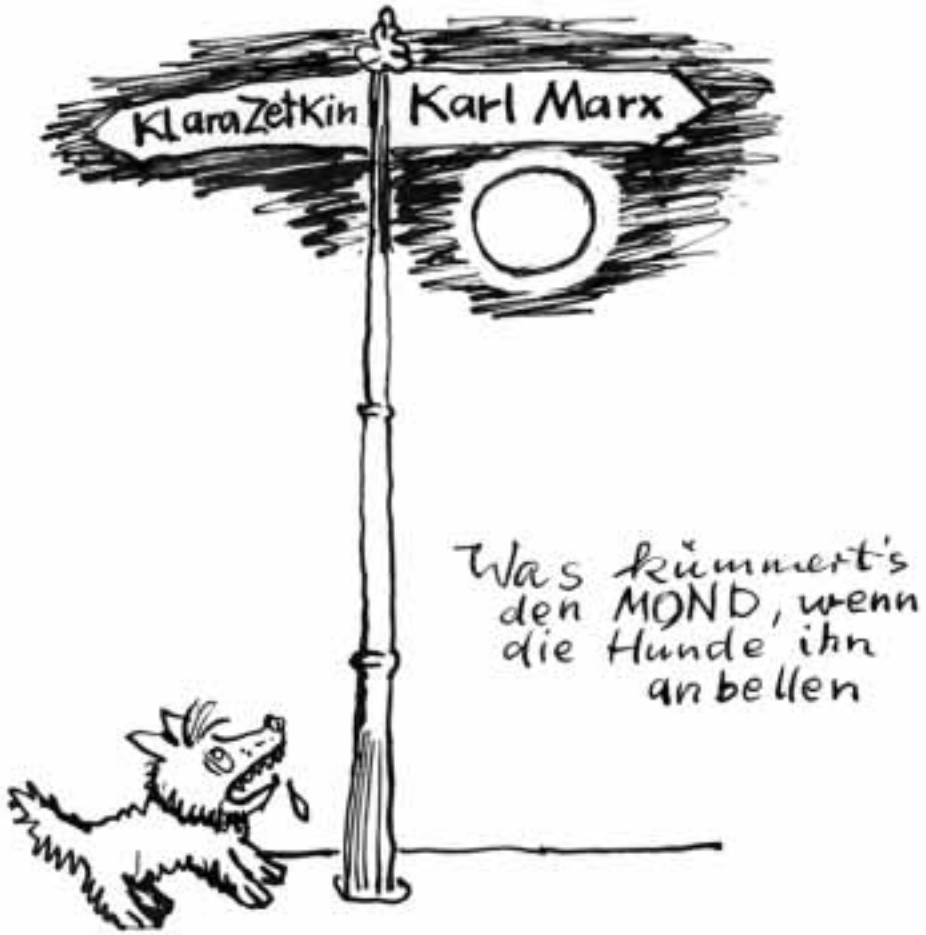
Erstaunlich

Es ist schon erstaunlich, wie oft uns „Wessis“ vor allem in gehobenen Positionen die DDR erklären. Zuletzt Schönbohm. Aber ich erlaube ihm nicht, so einfach über mein und das Leben meiner Familie anhand angelesener, aber nicht erlebter DDR-Wirklichkeit zu urteilen. Ja, wir haben über 40 Jahre in diesem Staat DDR gelebt, geliebt, gelernt und gearbeitet. Wir haben eine Familie gegründet, zwei Kinder zu gebildeten und warmherzigen Menschen erzogen, wir haben uns für diese Gesellschaft engagiert. Kurzum – bis zur Wende hatten wir ein gutes, erfülltes Arbeits- und Familienleben, auf das ich nach wie vor stolz bin. Und das lasse ich mir von Herrn Schönbohm nicht schlechtreden.

Sicher gibt es nichts zu verherrlichen, denn es gab auch Schattenseiten, aber ich werde mir trotzdem vorbehalten, meinen Enkeln über unser wirkliches Leben zu berichten, über ein gutes Bildungssystem, gesicherte Arbeitsplätze, Kinderkrippen- und Kindergärtenplätze, Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, Kunst, Kultur und Sport, ohne auf den Geldbeutel schauen zu müssen. Wie es wirklich war, erfahren unsere Kinder nicht mehr aus Zeitungen, Schulbüchern und Filmen – dort dominieren „Stasi, Diktatur und Unrechtsstaat“.

Auch sie waren Teil unseres Lebens, aber sie waren nicht allein die DDR. Manchem ist Unrecht geschehen, wie leider heute auch, aber die DDR war kein Unrechtsstaat. Die „Stasi“ hat eine große Rolle gespielt – aber wer hätte die organisierte Bespitzelung à la Telekom und durch das BKA in der BRD vermutet?

Helga Pickart, Alt Golm



Schönbohm:

DDR wird verherrlicht

Berlin (dpa/epd/ND). Brandenburgs Innenminister Jörg Schön bohm (CDU) hat vor einer systematischen Verherrlichung der DDR in Ostdeutschland gewarnt. »Ich stoße im Osten nach wie vor auf eine tief sitzende Ablehnung unseres marktwirtschaftlichen Systems«, sagte er dem »Tagesspiegel am Sonntag«. Fast 20 Jahre nach dem Mauerfall erkenne er immer noch zwei Gesellschaften in Deutschland. Schuld daran seien 40 Jahre Indoktrination der Menschen durch die Diktatur und das Fehlen von bürgerlichen Eliten. Unter anderem durch Fehler bei der deutschen Einheit sei im Osten haften geblieben: »Marktwirtschaft gleich blanke Existenznot.« Dies habe zu einer Distanzierung von Staat und Demokratie geführt, die die Ostdeutschen nun auch auf ihre Kinder übertrügen. Gleichzeitig stelle er eine anhaltende Verherrlichung des DDR-Systems fest. Als Beispiele nannte Schönbohm die Darstellung der Stasi in ostdeutschen Schulen als ganz normalen Geheimdienst, die Leugnung von Ausländerfeindlichkeit in der DDR, aber auch das Festhalten an Straßennamen wie Clara Zetkin oder Karl Marx.

(„Neues Deutschland, 23.6.)

Vor Kommunalwahlen in Brandenburg Stellung beziehen und Zeitung verteilen:

„Kein Bock auf Nazis“

Ende September sind Kommunalwahlen in Brandenburg – und es besteht Gefahr, dass rechtsextreme Parteien wie die NPD etliche Mandate gewinnen werden. Es ist Zeit, öffentlich Stellung gegen Rechtsextremismus zu beziehen!

KEIN BOCK auf NAZIS

Eine Zeitung von dem Antifaschistischen Pressearchiv Berlin und dem Antifaschistischen Infoblatt

Erheb' die Stimme gegen Rechts!

Gegen Nazipropaganda an Schule und Arbeitsplatz

■ Überall in Deutschland marschieren Neonazis durch die Städte und versuchen, für ihren braunen Müll Werbung zu machen. In fast jeder Stadt und an vielen Schulen gibt es Naziclíquen, die Jugendliche terrorisieren und gegen alles hetzen, was nicht in ihr Weltbild passt.

Nazis haut ab

Es trifft Nichtdeutsche und Migrantinnen, Punks, Homosexuelle oder einfach Leute, die sich gegen Neonazis zur Wehr setzen. Rechte Gewalt ist in Deutschland leider alltäglich. Auf unzähligen Schulhöfen kursieren CDs mit braunem Inhalt, und die NPD hat die Jugend zum Wahlkampfobjekt Nummer Eins auserkoren. Nach den Vorstellungen der Neonazis bedarf es um die Jugend zu gewinnen nur ein paar CDs, mit rechter Musik und ein paar Möchtegernführer, die auf cool machen. In vielen Regionen haben sie mit dieser billigen Taktik Erfolg und gelten als rebellisch und hip. Damit eure Schule oder euer Jugendclub nicht auch bald so ein Ort ist, haben wir das Projekt «Kein Bock auf Nazis» gestartet. Denn dort, wo sich Jugendliche zusammenschließen und gemeinsam etwas gegen die braune Verdummung unternommen haben, waren die Neonazis meist wenig erfolgreich und wurden so gesehen, wie sie sind: uncool, menschenverachtend und dumm! Von gestern eben.

Wir wollten mit dieser Zeitung zeigen, dass ihr nicht alleine seid, sondern es überall Leute gibt, die den Neonazis entgegentreten wollen. Also werdet aktiv und vernetzt euch. Lasst euch nicht vorschreiben, was ihr zu denken habt und informiert euch unabhängig. Niemand außer euch selbst hat zu bestimmen, was für Klamotten ihr tragt, was für Frisuren ihr habt und welche Gegenden ihr betretet und welche ihr besser meidet.

Fangt an, steht auf, erhebt eure Stimme! Die Artikel auf den folgenden Seiten geben einen kleinen Überblick, was Neonazis wollen und mit welchen Strategien sie vergehen. Lest rein, damit ihr auf dem Laufenden seid. Mit fundierten Infos ausgestattet ist der Kampf gegen Rechts umso erfolgversprechender.

Und vor allem wünschen wir euch viel Spaß, wenn ihr aktiv werdet. Unser stärkstes Argument gegen die Neonazis ist nämlich unsere Vision von einer Welt, in der alle Menschen gleiche Chancen und Rechte haben; in der Ausbeutung und Unterdrückung überwunden sind.

Mit Unterstützung von Künstlern wie „Die Ärzte“ und „Die Toten Hosen“ haben wir, die Initiative „Kein Bock auf Nazis“, eine Zeitung produziert, die sich gegen Rechtsextremismus im Land Brandenburg richtet. Das achtseitige, vollfarbige Heft ist kostenlos und kann seit 28. Juni bestellt werden.

Helfen Sie mit, möglichst viele Menschen über die neonazistische NPD und die rassistische DVU zu informieren! Die Zeitung hat eine Auflage von 100 000 Stück und eignet sich hervorragend zum Verteilen oder zum Auslegen in Institutionen und bei Veranstaltungen.

Gegen zehn Euro Versandkosten schicken wir Ihnen ein Paket zu: Zehn Euro für Versandkosten auf Initiativenkonto (siehe Randspalte) anweisen, E-Mail (kban@apabiz.de) oder Fax an (030) 6 11 62 49 senden – mit Namen, Postadresse und der Information, von welchem Konto aus überwiesen wurde. Wir verschicken Pakete mit 200/400 Zeitungen (größere Mengen möglich). Zeitungen können auch direkt vom Apabiz abgeholt werden (Öffnungszeiten und Adresse: http://www.apabiz.de/verein/impressum.htm). Letzter Bestelltag: 20. September.

„Kein Bock auf Nazis“ ist eine Initiative vom „Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum“ (Apabiz) aus Berlin und der Fachzeitschrift „Antifaschistisches Infoblatt“. Unterstützt werden wir (neben „Die Ärzte“ und „Die Toten Hosen“) von ZSK, Beatsteaks, Wir sind Helden, Fettes Brot, Donots, Muff Potter, Killerpilze, Julia Hummer, Madsen und Culcha Candela.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Toni Peters
„Kein Bock auf Nazis“-Team

Initiativenkonto:
Inhaber: Apabiz,
Kontonummer:
332 08 00,
BLZ: 100 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft,
Verwendungszweck:
„Spende Kein Bock auf Nazis Brandenburg“.

Weitere Infomationen über „Kein Bock auf Nazis“ finden Sie auf: **www.keinbockaufnazis.de**

NPD verteilt Hetzblätter gegen Ausländer

Erkner. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung Ende Mai 2008 zwischen Jugendlichen mit türkischen Wurzeln aus Berlin und einigen wenigen Schülern der Erkneraner Johannes-R.-Becher-Oberschule, über deren tatsächlichen Verlauf die DIE LINKE. Erkner derzeit Auskunft von der Stadt fordert, verteilt die NPD in Erkner Flugblätter, in denen sie gegen Ausländer hetzt. Unabhängig davon, dass die Vorfälle vor der Schule sich vermutlich anders darstellen, als von der NPD und leider auch einigen Medien vorgegaukelt wird, nimmt DIE LINKE. Erkner zu dem Flugblatt wie folgt Stellung:

■ *Die NPD behauptet, dass sich viele Eltern fragen, „ob ihre Kinder überhaupt noch sicher an der Schule sind.“*
Es ist richtig, dass sich diese Frage stellt. Auch DIE LINKE. Erkner stellt sich diese Frage. Aber aus anderen Gründen. Denn wenn extremistische NPD-Kader ungestört vor der Schule Flugblätter verteilen dürfen, dann ist es um die Sicherheit der Schüler und den ungestörten Lehrbetrieb tatsächlich schlecht bestellt. Wir fordern die Sicherheitsverantwortlichen der Stadt, die Polizei und nicht zuletzt die Lehrerschaft der Schulen in Erkner auf, jegliche Propagandaaktivitäten der NPD vor und an Erkneraner Schulen zu verhindern.

■ *Die NPD behauptet, bei uns gäbe es Politiker, „die Multikulti noch immer für ein Gottesgeschenk halten und blind die Realität verkennen.“*
Es ist richtig, dass auch DIE LINKE. Erkner Multikulti gut findet. Denn Deutschland ist längst Multikulti und muss es angesichts der demographischen Entwicklung in unserem Lande auch bleiben, damit unsere Wirtschaft und in Abhängigkeit davon, unserer Sozialversicherungssysteme nicht kollabieren. DIE LINKE. Erkner hält Multikulti für unabdingbar im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Blind sind die, die diese Realtiät nicht wahrhaben wollen.

■ *Die NPD behauptet, Ausländer werden 20-mal so häufig tatverdächtig.*
Richtig ist, dass diese Aussage nichts, aber auch rein gar nichts mit dem Vorfall in Erkner zu tun hat, da in diesem Falle keine Straftaten verübt wurden, abgesehen davon, dass die Verteilung der Flugblätter durch die NPD volksverhetzenden Charakter haben dürfte und sich die Frage einer diesbezüglichen Anzeige stellt. Die Aussage ist auch insoweit irreführend, als es sich bei den Jugendlichen aus Berlin um Deutsche handelte und nicht um Türken, wie bewusst fälschlich dargestellt.

Die LINKE. Erkner appelliert an alle Erkneranerinnen und Erkneraner und insbesondere an die Schülerinnen und Schüler an den Erkneraner Schulen: Fallt nicht auf die rechten Rattenfänger herein. Die haben Deutschland bereits einmal zu Grunde gerichtet. Wehret den Anfängen.

Frank Dahmen, Erkner, kandidiert zur Kommunalwahl am 28. September 2008 auf den Listen der LINKEN für die SVV Erkner und den Kreistag Oder-Spree

Rechtsextreme Gewalt

2,5 Opfer je Tag

Auf die monatliche Standardfrage der Fraktion DIE LINKE hat das Bundesministerium des Inneren geantwortet: Mai 2008 bundesweit 1411 rechtsextreme Straftaten, davon 98 Gewalttaten. Januar–Mai 2008 370 Opfer rechtsextremer Gewalt = 2,5 Opfer je Tag.
Das heißt: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind in der BRD längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben.
Die offiziellen Zahlen gelten als vorläufig und werden in aller Regel deutlich nach oben korrigiert.

Petra Pau, MdB

Die Rentenpolitik der LINKEN soll das Rentenniveau für alle heben und gleichzeitig Altersarmut verhindern. Zukünftig soll die Grundsicherung im Alter innerhalb der Erwerbstätigenversicherung abgesichert werden. Das Ziel ist, dass nach Anrechnung von Einkommen und Vermögen keine Rentnerin und kein Rentner im Monat unter 800 Euro fallen dürfen.

Parteivorstand der LINKEN verabschiedete Rentenprogramm

10 Punkte für eine solidarische und sichere Rente

Der neoliberale Umbau des Sozialstaats hat auch vor der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) nicht halt gemacht und wird unter der Großen Koalition unvermindert fortgeführt. Ob Riester-Rente, Nachhaltigkeitsfaktor oder Rente ab 67. All diese Maßnahmen haben das Ziel, das Vertrauen in die solidarische Sicherung durch die gesetzliche Rente systematisch zu zerstören. Ergebnis wird sein: Selbst bei erwerbslebenslanger Beitragszahlung kann die gesetzliche Rente allein Armut nicht mehr wirksam verhindern. Es drohen Armutsrenten. Millionen Menschen müssen damit rechnen, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Wer im Alter seinen Lebensstandard halten will, ist dazu gezwungen, einen immer größeren Teil des Einkommens in mehr oder weniger zuverlässige private Altersvorsorgesysteme zu stecken. Der neoliberale Angriff auf die gesetzliche Rente zielt nicht nur auf eine Entlastung der Arbeitgeber, sondern gleichzeitig auch darauf, immer größere Teile der Alterssicherung zu privatisieren und dem Kapitalmarkt zu überantworten. Gewinner dieser Entwicklung sind vor allem Banken und Versicherungskonzerne. So erhält der finanzmarktgetriebene Kapitalismus zusätzlichen Schub. Heute stammen bereits rund 30 Prozent des weltweiten Finanzkapitals aus Pensionsfonds des angelsächsischen Raumes. Der von uns angestrebte Kurswechsel in der Rentenpolitik zielt auf eine solidarische Alternative zur weiteren Ausbreitung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus.

Wir kämpfen für Gute Arbeit, Gute Löhne und Gute Renten. Wir finden uns nicht ab mit Armutslöhnen, Prekarisierung, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Ordentliche Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie Mitbestimmung und Interessenvertretung am Arbeitsplatz bilden das Fundament für einen stabilen Sozialstaat, der mehr als das blanke Überleben sichert. Im Zentrum linker Rentenpolitik steht die Verteidigung der gesetzlichen Rente als Lebensstandard sicherndes Alterssicherungssystem. Wir wollen, dass der Sozialstaat die Menschen vor den Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie zuverlässig schützt und treten für das Prinzip der Solidarität als Gegenmodell zum Profitprinzip ein.

Wir fordern die sofortige Umsetzung folgender Punkte:

(siehe Seite 20)

Irländer lehnten im Referendum den Lissaboner Vertrag mehrheitlich ab

Ein klarer Auftrag, völlig neu verhandeln!

Das Nein aus Irland ist ein klarer Auftrag an die Regierungen in der EU die Ratifizierung der EU-Verträge zu stoppen und den EU-Vertrag völlig neu zu verhandeln“.

Der Lissaboner Vertrag ist gescheitert. Alle Vorwürfe an die Bürgerinnen und Bürger von Irland zeigen das fehlende Demokratieverständnis der politisch Verantwortlichen für diesen Vertrag. Die Bürgerinnen und Bürger in Irland haben nein zu diesem Vertrag gesagt. Da das Fehlen der Sozialstaatlichkeit, was solche schlimmen Fehlurteile des EuGH wie das Rüffert-Urteil gegen die Tariflöhne oder das Laval-Urteil gegen das Streikrecht nach sich zog, wird von ihnen abgelehnt.

Angriffe des EuGH auf das VW-Gesetz sind nur möglich, weil das EU-Primärrecht schwerwiegende Webfehler hat. Die Europäische Union braucht einen Vertrag, der – so wie unser Grundgesetz – von einem Angriffskriegsverbot und der Sozialstaatlichkeit geprägt ist.

Dem irischen Volk drücken wir, sicherlich auch für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, unsere Hochachtung für ihre Entscheidung aus.

Diether Dehm, MdB, europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, 13.06.2008

Kritisch. Links. Bundesweit.

Aktion: 60 Tage »Neues Deutschland« abonnieren.

Nur 25 € plus gratis Prämie: »Endstation Ost« auf DVD.

Ja, ich abonniere »Neues Deutschland« 60 Tage für nur 25 €:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Tel.-Nr. (für evtl. Rückfragen)

Ich bezahle per
❑ Bankeinzug
❑ Rechnung

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen.

Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Bankverbindung

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Die Belieferung endet automatisch nach 60 Tagen. Das Angebot ist nur gültig, wenn in den vergangenen 6 Monaten kein ND-Abonnement im Haushalt aktiv war. DM-EA-AA-2M08

Coupon einschicken an: Neues Deutschland, Aboservice, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29 78 18 00 * Fax: (030) 29 78 16 30 * www.neues-deutschland.de/abo

Neuerscheinung: Neues Deutschland und defa spektrum präsentieren spannende Dokumentarfilme über die andere deutsche Republik.

Druck von Links.

SPD war und bleibt der Großen Koalition verhaftet

Erst drei Jahre arbeitet DIE LINKE Opposition im Bundestag, und mittlerweile reden selbst Union und FDP über soziale Fragen. Was ist das Geheimrezept der LINKEN?

So geheim ist das gar nicht: DIE LINKE greift nur reale, die Bürger bewegende Probleme auf. Wir sagen nicht nur Nein, sondern legen konkrete Vorschläge vor, die die anderen Parteien nicht so einfach beiseite schieben können. DIE LINKE setzt auch Schwerpunkte in ihrer politischen Arbeit – für Mindestlohn, gegen Hartz IV, Armut und eine Zwei-Klassen-Medizin, für eine weltweite Friedenspolitik und für den Erhalt öffentlichen Eigentums, wie z.B. der Bahn. DIE LINKE bleibt an Missständen dran, legt den Finger nicht nur einmal in die Wunde. Dazu kommt eine gute Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion. Nicht zuletzt ist wichtig, dass unsere Abgeordneten regelmäßig vor Ort sind.

Nun sind Reden und Handeln zwei unterschiedliche Dinge. Gerade die SPD stimmt im Bundestag regelmäßig gegen ihre eigenen Forderungen.

Das zeigt nur, wie ernst es der SPD tatsächlich mit ihren Forderungen ist. Sie war und bleibt der Großen Koalition verhaftet. Ein gesetzlich garantierter Mindestlohn geht mit der Union nicht, aber eine massive Mehrwertsteuererhöhung, die Kürzung der Pendlerpauschale und die Rente ab 67. Die Talfahrt, die die SPD in den Umfragen erlebt, spiegelt ihre Verluste an Wählervertrauen und Glaubwürdigkeit wider.

Angela Merkel trat 2005 als Kanzlerin mit dem Ziel an, mit ihrer Großen Koalition Politik aus einem Guss machen zu wollen. In der Tat haben Union und SPD im Bundestag eine so erdrückende Mehrheit, dass man meinen möchte: Die können alles machen. Wieso passiert so wenig?

Es passiert wenig? Wenn es um Einschränkungen und Kürzungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger geht, war und ist sich diese Koalition schnell einig – wie die am Ende im Eilzugtempo durchgezogene Gesundheitsreform oder die Bahnprivatisierung zeigen. Auch in eigener Sache – Diätenerhöhung - konnte es Union und SPD nicht schnell genug gehen. Die wirklichen Probleme des Landes aber packt die Große Koalition nicht an. Das bewies jüngst die Debatte um die hohen Energiepreise. Über teures Öl und unbezahlbaren Strom lamentiert man gern, zu der von der LINKEN verlangten raschen Entlastung privater Haushalte mit geringem Einkommen aber waren die beiden Regierungsfraktionen nicht bereit - wie auch FDP und Bündnisgrüne.

Deutschland spricht jetzt zwar wieder über die Nöte der Menschen. In deren Portemonnaies bleibt am Ende des Monats aber immer weniger übrig. Läuft DIE LINKE nicht Gefahr, dass sie selbst mit in den Strudel der Verdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger über die Politik gerät?

Die Gefahr, dass wir für die unsoziale und bürgerferne Politik von Union und SPD mit in Haftung genommen werde, besteht durchaus. Dagegen hilft zum einen, vor Ort präsent zu sein, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen und ihnen die Positionen der LINKEN immer wieder nahe zu bringen. Zum anderen brauchen wir auch im Parlament konsequente Haltungen, mit denen wir im Interesse der Wählerinnen und Wähler deutlich Profil zeigen und uns von der Großen Koalition absetzen. Das gelang beispielsweise bei der erneuten Diätenerhöhung, die Union und SPD vor wenigen Wochen ungeniert durchziehen wollten. Viele Menschen unterschieden da schon zwischen der Selbstbedienungsmentalität der Großen Koalition und dem unverrückbaren Nein zu dieser Art Politik von der LINKEN. Als Maßnahme gegen die verbreitete Politikverdrossenheit schlägt DIE LINKE seit längerem mehr direkte Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene vor - durch Volksbegehren und Volksentscheide. Aber auch hier bewegen sich Union und SPD keinen Millimeter.

Von der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Fraktionen im Bundestag sieht die Mehrzahl der Menschen – wenn überhaupt – allenfalls mehr oder weniger scharfe Wortgefechte in Plenardebatten. Wie erleben Sie als Parlamentarische Geschäftsführerin Zusammentreffen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen?

Das ist sehr differenziert. Eine ganze Reihe von Entscheidungen im Bundestag erfolgt einvernehmlich. Andererseits gibt es Unvereinbarkeitsbeschlüsse bei CDU/CSU und SPD, mit der LINKEN keine gemeinsamen Anträge vorzulegen oder gar einem Anliegen unserer Fraktion öffentlich zuzustimmen.

Außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung kann man mit dem einen oder dem anderen Abgeordneten der Koalition schon ganz gut auskommen - aber eben nicht mit jedem.

Die Mitglieder des Bundestages werden sich jetzt für zwei Monate auf die Arbeit in ihren Wahlkreisen konzentrieren. Wie geht es für DIE LINKE im September weiter?

Traditionell werden wir mit einer Klausur zunächst des Fraktionsvorstandes, dann der Fraktion starten. Nicht ganz zufällig tagen wir in München, um am Abend zu Veranstaltungen ausschwärmen zu können. Aber auch im letzten Jahr dieser Wahlperiode werden wir uns auf Themen konzentrieren, wie soziale Gerechtigkeit - existenzsichernde Einkommen und Renten, Mindestlohn, Bekämpfung von Kinderarmut, aber auch auf das Streben nach friedlichen Konfliktlösungen vor allem in Afghanistan.

Dr. Dagmar Enkelmann, MdB, Interview der Woche www.linksfraktion.de, 24. Juni 2008

Dr. Dagmar Enkelmann

1. Parlamentarische Geschäftsführerin, Geboren: 5.4.1956, Beruf: MdB, Diplom-Historikerin, Landesliste Brandenburg

Tel. (0 30) 22 77 82 20
Fax (0 30) 22 77 62 19

E-Mail: *dagmar.enkelmann@bundestag.de*

Internet: *www.dagmar-enkelmann.de*

Die Mitglieder des Bundestages werden sich in den kommenden zwei Monaten auf die Arbeit in ihren Wahlkreisen konzentrieren. Vor der Sommerpause, die also gar keine ist, zieht Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Bilanz der bisherigen Arbeit und wirft einen Blick voraus auf Vorhaben in der zweiten Jahreshälfte.

Die Verfassung der DDR – 7. Okt. 1949 Artikel 7:
„Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben."

Die Verfassung der DDR – 7. Okt. 1974 Artikel 20 (2):
„Mann und Frau sind gleichberechtigt und haben die gleiche Rechtsstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens. Die Förderung der Frau, besonders in der beruflichen Qualifikation, ist eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe."

In der BRD erst seit 50 Jahren Gleichberechtigung von Frau und Mann auf dem Papier

Das falsche Jubiläum

Am 1. Juli feierte man in der Bundesrepublik 50 Jahre Gleichberechtigung von Frau und Mann. Ich traute meinen Ohren nicht. So weit ich weiß, gab es einen Teil Deutschlands, in dem seit 1949 Gleichberechtigung von Frauen von Anfang an Verfassungsgrundsatz und Inhalt des realen Lebens gewesen war. Davon darf offensichtlich in der Medienöffentlichkeit nicht geredet werden. Sicherlich haben Chefs in der DDR das Abholen des Trabants aus der Werkstatt ohne Diskussion genehmigt. Hatte Frau das Kind aus der Krippe abzuholen, gab es schon mal die Frage, ob das nicht anders zu regeln sei. Frauen in Leitungspositionen waren seltener als Männer, aber wir duften arbeiten, verdienten das gleich Geld, wie unsere männlichen Kollegen.

Im westlichen Teil Deutschlands trat erst am 1. Juli 1958 das Gleichberechtigungsgesetze in Kraft, mit dem Frauen den Männern formal gleichgestellt wurden. Das feierten Politik und Medien.

„Rechtlich ist viel passiert", findet Anja Lieb, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Zentrums für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Universität Marburg. „Man kann sagen, dass offen diskriminierende Regelungen abgeschafft wurden."

Das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau aus dem Jahr 1958 war dafür allerdings nur ein Schritt. Denn es verfolgte dem Gleichberechtigungsgrundsatz keineswegs konsequent, schreibt Sabine Berghahn von der Freien Universität Berlin in einem Aufsatz. Zum Beispiel sei die ungleiche eheliche Arbeitsteilung dadurch zementiert worden. Nach dem Gesetz konnte der Mann ein Arbeitsverhältnis der Frau zwar nicht mehr kündigen, wie bis dahin. Sie durfte aber nur arbeiten, „soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar" war.

Für mich als DDR-Frau ist es unvorstellbar, meinen Mann fragen zu müssen, ob ich arbeiten darf oder nicht.

Mit der Wende erlebten wir einen Rückschritt in Sachen Gleichberechtigung. Leider haben wir uns das gefallen lassen. Manche Frau klatschte 1989 noch Beifall zur Systemänderung. Es ist ungerecht und unsolidarisch, ja unmenschlich, dass junge Frauen der Kinder wegen im Bewerbungsprozess diskriminierte werden, dass ältere Frauen in die Rolle der „Nur-Oma" gedrängt werden.

Obwohl beispielsweise die preußischen Universitäten erst vor 100 Jahren für Frauen geöffnet wurden, haben Frauen bei der Bildung enorm zugelegt. „Knapp 50 Prozent derjenigen, die ein Studium aufnehmen, sind heute weiblich", sagt Anja Lieb. Und bei den erzielten Abschlüssen werden Frauen immer besser. Gleichzeitig sind sie in wissenschaftlichen Berufen aber immer noch in der Minderheit. Und gute Bildung führt nicht zwangsläufig zu hoch bezahlten Jobs. Auf dem beruflichen Weg nach oben scheitern Frauen an den gesellschaftlichen Bedingungen (fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen) und an Machostrukturen.

Die Medien reden davon , dass sich Leistung in Deutschland wieder lohnen soll. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist Losung in Sonntagsreden vor allem der Gewerkschaftsfunktionäre. Das Leben spricht eine andere, Frauen diskriminierende Sprache. Erst im Dezember 2007 hatte eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gezeigt, dass Männer in Deutschland rund 25 Prozent mehr als Frauen verdienen. In unserem Teil des Landes ist der Unterschied etwas geringer. Das hat aber was mit den geringen, nicht leistungsgerechten Löhnen der Männer zu tun.

Ich denke, angesichts dieser schreienden Ungerechtigkeiten, gibt es keinen Grund ein falsches Jubiläum zu feiern. Ich finde echte Gleichberechtigung nehmen wir Frauen nicht aus dem großen „I" in Anreden und Berufsbezeichnungen, sondern aus echter Chancengleichheit und der Anerkennung unserer beruflichen und sozialen Fähigkeiten. Clara Zetkin stellte zu Beginn der vergangenen Jahrhunderts fest: „Emanzipation der Frau heißt die vollständige Veränderung ihrer sozialen Stellung von Grund aus, eine Revolution ihrer Rolle im Wirtschaftsleben." Der Sozialdemokrat August Bebel ergänzt: „Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter." Dem ist nichts hinzuzusetzen. Auf dem Weg zu echter Gleichberechtigung bleibt viel zu tun.

Dr. Elvira Strauß, Erkner, kandidiert als Spitzenkandidat der Linken für die Stadtverordnetenversammlung Erkner

Geschlechtergerechtigkeit nicht ohne sozialer Gerechtigkeit

Im Juli 1958 trat das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft. Politiker und Politikerinnen aller Couleur sind sich darüber einig, dass seit dem viel erreicht wurde. Aber es gibt noch viel zu tun. Auch die Bundesregierung resümierte in Person der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, dass für eine tatsächliche Gleichberechtigung es aber noch viel zu tun gebe.

Doch der Anschein der stetigen Verbesserung der Lebenssituation von Frauen in Deutschland trügt. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Magazins „Capital" sind zwischen 1987 und 2007 nur die Chancen für Frauen aus der Ober- und Mittelschicht leicht gestiegen. Jedoch für Frauen aus gering gebildeten Familien sind diese sogar etwas gesunken.

Aus der Großen Koalition ist außer Worthülsen, Blockade und Stillstand nichts zu erwarten. Die Unfähigkeit der Bundesregierung die Gleichstellung von Frauen und Männern wirksam voranzutreiben, zeigt sich beispielsweise in der beharrlichen Verweigerung zur Einführung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft und die Verankerung von gesetzlichen Mindestlöhnen, von denen besonders Frauen profitieren würden.

Wir Frauen der Fraktion DIE LINKE stehen dagegen in Clara Zektins Tradition: Für uns ist Geschlechtergerechtigkeit nicht von sozialer Gerechtigkeit trennbar. DIE LINKE wird sich auch weiterhin für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen stark machen.

Kirsten Tackmann, MdB, Frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Helga Böhnisch, Spitzenkandidatin im Wahlkreis 4 des Landkreises Oder-Spree

18 plus 10 plus 4 ...

… das sind die Jahre meiner Abgeordnetentätigkeit seit 1990:

- 18 Jahre in der SVV in Eisenhüttenstadt,
- 10 Jahre im Kreistag LOS,
- 4 Jahre im Landtag Brandenburg.

Warum trete ich erneut wieder an?

Erster Grund

Wir haben im letzten Jahr eine neue Partei gegründet – DIE LINKE, die bundesweit an Akzeptanz gewinnt, in vielen Gegenden gibt es Neueintritte, DIE LINKE wird zunehmend in Stadt-, Kreis- und Landesparlamente gewählt. Das ist eine historische Chance!

Was hat das mit meiner Kandidatur zu tun? Ich möchte auch in unserer Region, in unserem Landkreis eine starke linke Fraktion!

Ich spüre bei den Gesprächen vor Ort, bei Sprechstunden in meinem „Roten Café“, bei Veranstaltungen, dass die Menschen Hoffnungen in unsere neue Partei setzen, dass sie zunehmend sich auch selber bei Bürgerinitiativen einbringen.

Zur Zeit gibt es in unserem Land so viele „Baustellen“ der Regierenden, z. B. das Problem des Bodenrefom-Landes; die Altanschließer-Problematik oder die Frage der Abschaffung der Grundzentren durch die Landesregierung. Das bedeutet für unseren Kreis Einschnitte für die Orte Neuzelle, Friedland, Müllrose, Bad Saarow. Hier gab es über Parteigrenzen hinweg viele gemeinsame Gespräche und Unterstützung. Diese Chance für Veränderungen will ich nutzen! Veränderungen wird es auch in den nächsten Jahren in unserer Region geben, in den Städten beim Stadtumbau, in den ländlichen Regionen – massive Veränderungen durch die demographische Entwicklung, durch den Wegzug der Menschen, durch Arbeitslosigkeit.

Wenn wir als LINKE uns einbringen wollen, dann müssen wir stärker Einfluss auf das Leben in den Städten und Dörfern nehmen.

Zweiter Grund

In den nächsten Jahren wird sich unsere Region aus demographischer und städtebaulicher Sicht verändern. Zwei Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner sind direkt oder indirekt von den Veränderungen betroffen! Unserer Zielstellung, die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtumbau mit einzubeziehen, weil es massive Veränderungen und auch Einschnitte für die Menschen gibt, bleibet!

Meine Forderung ist: Die Städte müssen von denen mitgestaltet werden, die darin wohnen! Wir fordern sozial verträgliche Mieten, auch angepasst an das Einkommensniveau, altersgerechte Wohnungen, kinder- und familienentsprechende Einrichtungen, eine behinderten-freundliche Stadt.

Hier will ich mich mit meinen Erkenntnissen, für die ich auch aus Landessicht für die LINKEN verantwortlich bin, weiter einbringen. Ich erinnere an die bundesweite Stadtumbaukonferenz in Eisenhüttenstadt, an den regelmäßigen Mieten-Ratschlag in meinem Büro. Meine große Anfrage zum Thema „Wohnen in Brandenburg“ ist von der Landesregierung beantwortet worden (Stadtumbau, Mietpreisentwicklung, Hartz-IV-Wohnungsfragen, Privatisierung von Wohnungen). Zur Zeit arbeite ich in einer Bundesarbeitsgemeinschaft zu Fragen der Mieterrechte und der Mietspiegel-Problematik. Dass ab 2009 nun endlich eine Wohngelderhöhung auf den Weg gebracht wurde, ist nicht zuletzt auch durch den permanenten Druck der LINKEN zustande gekommen.

Dritter Grund

Druck sollten wir aufmachen, wenn es um die Kultur in unserer Region geht. Um Kultur für alle! Für bezahlbare Kultur! Natürlich sind die Kommunen für ihr kulturelles Leben verantwortlich, aber wir haben kreisliche Einrichtungen, auf die wir Einfluss nehmen können. Wo bleibt der kostenlose Eintritt wenigstens für einen Tag in der Woche? Andere Städte wie Frankfurt (Oder) und Berlin sind da schon wesentlich weiter. Unsere Partnerstadt Saarlouis öffnet das Museum generell kostenlos!

Immer wieder stehen Kürzungen im kulturellen Bereich an. So soll der Zuschuss für das Dok-Zentrum „Alltagskultur der DDR“ in Eisenhüttenstadt ab 2009 fraglich sein!

Ich sage: Kultur muss für alle möglich und bezahlbar sein! Da gilt für mich seit Jahren: „Wo Kultur in der Gesellschaft verdrängt wird, nimmt früher oder später Gewalt diesen Platz ein.“ Das darf in unserer Region nicht eintreten. Doch erste Anzeichen sind erkennbar! Hier müssen wir gemeinsam wachsam sein! Gegen Gewalt, gegen rechte Tendenzen und Erscheinungen will ich mich einbringen!

Deshalb kandidiere ich erneut zu den Kommunalwahlen am 28. September für den Kreistag Oder-Spree und die SVV Eisenhüttenstadt!

Helga Böhnisch
Mitglied des Landtages Brandenburg, Sprecherin für Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE

E-Mail: buergerbuero.boehnisch@gmx.de,
Internet: www.helga-boehnisch.de,
Mitarbeiter: Brigitte Kemna
Dr. Thomas Römer

Bürgerbüro:
Lindenallee 30,
15890 Eisenhüttenstadt,
Tel./Fax
(0 33 64) 77 28 81

Wohnen im Land Brandenburg

Die von der Fraktion DIE LINKE. eingebrachte Große Anfrage *(Drucksache 4/5904)* war Ausgangspunkt einer parlamentarischen Debatten und gab Gelegenheit, sich mit den wohnungspolitischen Strategien der Landesregierung auseinander zu setzen. Die Landesregierung bewertet die Wohnungsversorgungssituation grundsätzlich positiv. Die Versorgungsquote für Wohnbezugsscheininhaber mit Dringlichkeit liegt bei 50 Prozent. Der Anteil des Monatslohnes für die Miete liegt bereits bei 30 Prozent.

Die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen stellen etwa 30 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes im Land und gewähren ihren Mietern einen durchschnittlichen Mietpreisvorteil von etwa 1 €/qm. Sie bilden das Rückrad für eine ausgewogene Wohnungspolitik im Land. Es sind bundeseinheitliche Regelungen zu den Kosten der Unterkunft für Hartz IV Betroffene erforderlich. Die Altschulden belasten die wirtschaftliche Situation der Wohnungsunternehmen enorm. Auf diesem für alle Menschen unseres Landes existentiellen Politikfeld gibt es noch viel zu tun. DIE LINKE steht dabei an der Seite der Betroffenen.

Helga Böhnisch, Eisenhüttenstadt, Mitglied des Landtages Brandenburg

Die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage finden Sie unter:

http://www.helga-boehnisch.de/downloads/dokumente/Wohnen-im-land-Brandenburg-5904.pdf

Auf Spuren zum unbekannten Dichter des Kampf- und Arbeiterliedes „Bella ciao“

Literaturwerkstatt des Festes der LINKEN

Dieter Dehm auf der Bühne der Literaturwerkstatt.

Die Literaturwerkstatt der Kulturbrauerei Berlin-Prenzlauer Berg erzielte auf dem Fest der LINKEN vom 13. bis 15. Juni mehrere Tore.

Am Samstag beispielsweise las der europapolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Diether Dehm, begleitet von Michael Letz am Piano aus seinem Buch „Bella ciao“. Der Liedtext dieser weltbekannten Melodie handelt vom körperlichen und seelischen Leid im italienischen Faschismus und dem Krieg.

Aus der Perspektive eines eigenen Liederschreibers erzählt Dehm im Buch von seiner Vorstellung, wie das Lied mit dem unbekannten Autor entstanden sein könnte. Der Reiz und die Neugier an dem Unbekannten, gründet in der eigenen Fantasie sich so wie Dehm in traumhafte Welten zu versetzen und das Geheimnis durch Kreativität und Zeitgeschichte für sich zu lüften. Mit musikalischer Untermalung, pfeifenden Buch- und Titelmelodien stellte Dehm ausdrucksvoll und lebendig Textstellen quer aus seinem Buch vor. Es wird das Auseinanderbrechen einer Freundschaft zweier Jungen im Zuge des einkehrenden Faschismus in Italien mit Mussolini beschrieben.

Diether Dehm, **Bella ciao,** *Roman; Das Neue Berlin; ISBN 978-3-360-01292-0; 19,90 €*

Innerhalb der Partei DIE LINKE demonstriert Dehm, dass Politik und Kultur unmittelbar miteinander verbunden sind. Er macht durch sein künstlerisches Engagement bewusst, dass sich linke Ideen und Vorstellungen verstärkt mit Kultur und Mensch auseinandersetzen müssen, um als Mitregierungspartei den Kontakt zu den Arbeitern zu bewahren.

Aus der Stimmung des allgemeinen Fußballfiebers bleibt abschließend zum ersten Fest der LINKEN nur noch zu rufen: Tor, Tor, Tor.

Franziska Schneider, Erkner
Sprecherin Rote Reporter Brandenburg, z. Zt. Studentin an der BTU Cottbus

Ernst-Busch-Chor Berlin e.V. und Diether Dehm

5. September 2008 • 19 Uhr
Erkner, Fichtenauer Weg 44
(GefAS-Stadtteilzentrum)

Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen Juli/August 2007

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: ???, 19 Uhr, Fürstenwalde, Kreisgeschäftsstelle; Schwerpunktthema:

Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24

Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43
E-Mail: *emk.pooch@t-online.de*

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Werksausschuss KWU — 9. 7., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, K.-Marx-Str. 11/12
- Jugendhilfeausschuss — 17. 7., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite *https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp* entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

10. 9., 17.00 Uhr, Beeskow, Atrium Landratsamt, Haus B, Breitscheidstr. 7

DIE LINKE. Oder-Spree Kreisgeschäftsstelle

Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde • Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@linke-oder-spree.de* • Internet: *www.linke-oder-spree.de*

geöffnet: Mo., Mi., Do. 9–12 und 13–17 Uhr, Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr
Kasse: Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

Sonderöffnungszeiten in den Sommerferien (17. 7.–30. 8. 2008:
Di. 9–11.30 und 13–16 Uhr (Kassenzeit), Do. 9–12 und 13–16 Uhr

Herzlichen Glückwunsch

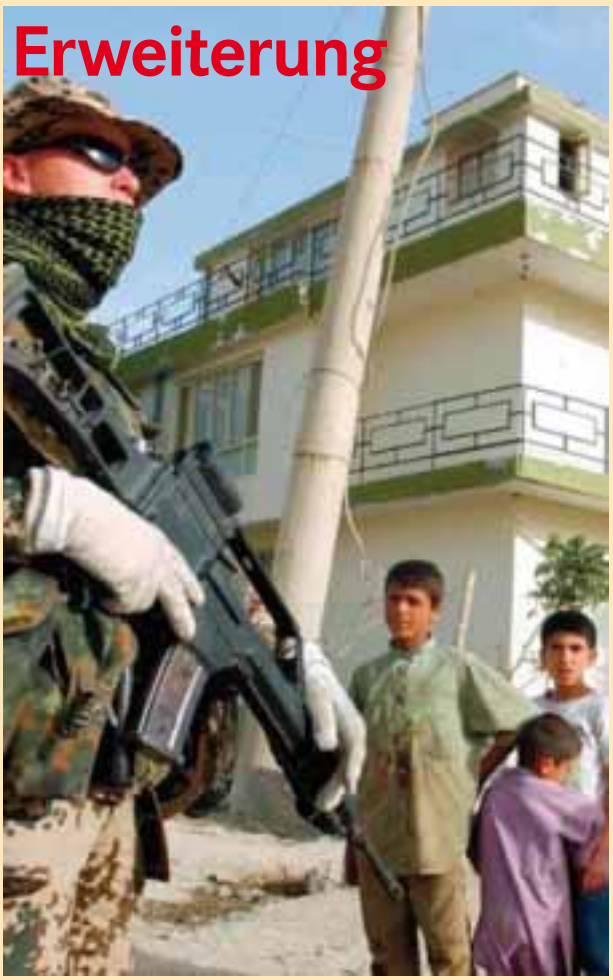
zum Geburtstag im Juli/August

60. Karl Voigt, Fürstenwalde
Wolfgang Wittmer, Schöneiche
65. Gudrun Flaig, Eisenhüttenstadt
Jürgen Müller, Fürstenwalde
70. Helga Pickart, Alt Golm
75. Christa Selz, Mixdorf
Edelgard Gutjahr, Woltersdorf
Kurt Liebscher, Beeskow
Hans-Diether Meves, Woltersdorf
80. Werner Lins, Erkner
Herbert Grasemann, Eisenhüttenst.
81. Kurt Schober, Eisenhüttenstadt
82. Heinz Sänger, Eisenhüttenstadt
Gertrud Jahnke, Fürstenwalde
85. Erika Rose, Beeskow
Irene Liesegang, Lebbin
Götz-R. Richter, Bad Saarow
87. Christel Eichhorn, Eisenhüttenstadt

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: p-w-hochmuth@online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Printgroup GmbH & Co. KG, Weinbauernstraße 12a, 81539 München
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

DIE LINKE.

Nein zur Verlängerung und Erweiterung des Afghanistan-Mandates



Beschluss des Parteivorstandes vom 6. Juli 2008

1. DIE LINKE lehnt die Verlängerung und Aufstockung der Bundeswehrmandate in Afghanistan ab und fordert den sofortigen und unbedingten Abzug der deutschen Streitkräfte aus Afghanistan.

2. DIE LINKE stellt fest, dass die Strategie der zivil-militärischen Kooperation gescheitert ist, und fordert die Umwidmung aller Gelder in rein zivile Projekte.

3. DIE LINKE weist den NATO-Beschluss von Bukarest über das fortgesetzte, auf einen militärischen Sieg ausgerichtete Engagement in Afghanistan zurück und bekräftigt, dass das Ende der Besatzung Bedingung für Frieden, politische Stabilität und Wiederaufbau ist, und nicht umgekehrt.

4. DIE LINKE lehnt den Versuch der Bundesregierung ab, das Thema Afghanistan durch Verlängerung der Mandatierungszeit aus dem Bundestagswahlkampf 2009 herauszuhalten

5. DIE LINKE fordert dementsprechend alle Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der Mandate ISAF und OEF abzulehnen.

6. DIE LINKE unterstützt die Petition der Friedensbewegung „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan“ und die geplanten Demonstrationen in Berlin und Stuttgart anlässlich der Mandatsverlängerung am 20. September 2009. Der Vorstand bittet die Gliederungen der Partei, aktiv dazu beizutragen, die Proteste der Friedensbewegung zu unterstützen und zu verbreitern.

20. September 2008 – Demonstrationen in Berlin und Stuttgart Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan

Mit dem sieben Jahre andauernden Krieg in Afghanistan wurde keines der vorgeblichen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Gewalt, Terror und Drogenhandel prägen den Alltag. In den meisten Regionen Afghanistans herrschen Warlords und Drogenbarone. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Menschenrechte werden weiterhin mit Füßen getreten. Die Alphabetisierungsrate ist seit dem Einmarsch gesunken. Täglich sterben in Afghanistan 600 Kinder unter fünf Jahren. Alle 29 Minuten stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging zurück.

Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen.

Obwohl die Bundesregierung die zivile Aufbauhilfe zu ihrem Schwerpunkt für Afghanistan erklärt hat, wird für den Krieg ein Vielfaches der Mittel ausgegeben, die für den zivilen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass die „zivile“ Komponente des Bundeswehreinsatzes zur Rechtfertigung des Krieges instrumentalisiert wird.

Wiederaufbau, Demokratie und eine soziale Entwicklung können erst gelingen, wenn der Krieg beendet und die fremden Truppen abgezogen sind. Die frei werdenden Mittel müssen für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, keiner Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zuzustimmen. Hören Sie auf den Friedenswillen der Bürgerinnen und Bürger weiter zu missachten!

Wir unterstützen alle Soldatinnen und Soldaten, die von ihrem Grundrecht auf Verweigerung des Kriegseinsatzes Gebrauch machen.

Der Abzug der Bundeswehr würde die USA und andere Kriegsparteien unter Druck setzen, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Dadurch erhielte der Frieden eine echte Chance.

Wir wollen Frieden für Afghanistan. Dafür rufen wir in den nächsten Wochen und Monaten zu vielfältigen örtlichen und regionalen Aktionen auf: Zu Demonstrationen, Mahnwachen, Diskussionsrunden, Informationsveranstaltungen, Gesprächen mit Abgeordneten, Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen. **Für den 20. September 2008 rufen wir zur bundesweiten Demonstration nach Berlin und Stuttgart auf.**

DIE RENTE
DIE LINKE.
www.die-rente-die-linke.de

Für eine solidarische und sichere Rente

1. Die Gesetzliche Rente als tragende Säule der Alterssicherung stärken

Die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden. Es muss der Grundsatz gelten, dass die Rente den erreichten Lebensstandard im Alter absichert. Dieses Prinzip der Lebensstandardsicherung muss in der GRV wieder durch ein definiertes Sicherungsniveau gesetzlich festgeschrieben werden. Altersarmut muss vermieden und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichergestellt werden. DurchschnittsverdienerInnen müssen wieder Renten aus der GRV erhalten, die einen deutlichen Abstand zur Grundsicherung aufweisen. Um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicher zu stellen, ist als Sicherungsziel ein Betrag von rund 70 Prozent des Durchschnittseinkommens der Versicherten nötig.

2. Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren

Wir wollen die sofortige Rücknahme von Riester- und Nachhaltigkeitsfaktor. Auch die im Zuge der Rente ab 67 geplante „Sicherungsklausel“ wird ebenfalls abgelehnt. Damit wird die Rente wieder so dynamisiert, dass allen Generationen eine gerechte Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand garantiert wird. Wer auf mehr „Eigenvorsorge“ setzt statt auf die solidarische Umlagenfinanzierung, trägt dazu bei, die wachsende Ungleichheit in der Solidargemeinschaft zu vergrößern.

3. Beitragssatzdogma aufheben

Das Leistungsziel in der GRV muss an die Stelle der Beitragssatzdeckelung treten. Die Beitragssatzhöhe muss sich wieder an dem angestrebten Leistungsniveau orientieren. Die Begrenzung des Beitragssatzes auf 20 Prozent bis 2020 und auf 22 Prozent bis 2030 nutzt allein den Unternehmen. Die ArbeitnehmerInnen müssen bereits heute zur Wahrung ihres Lebensstandards im Alter einen insgesamt höheren Anteil ihres Einkommens für gesetzliche und private Vorsorge aufbringen, als er bei einer paritätischen Finanzierung im Rahmen einer sozialen Erwerbstätigenversicherung erforderlich wäre. Alle Erwerbstätigen sowie die Millionen von Rentnerinnen und Rentner müssen wieder an den Produktivitätsfortschritten und damit am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt werden.

4. Nein zur Rente ab 67

Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 65 Jahre lehnen wir ab, weil sie nichts außer einer weiteren flächendeckenden Kürzung der Renten bewirkt. Notwendig sind flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. Wir streben langfristig das Renteneintrittsalter ab 60 Jahre an, ohne Abschläge. Wir wollen eine Fortführung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit und einen abschlagsfreien Zugang zu Erwerbsminderungsrenten.

5. Schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die GRV

Wir wollen die Einbeziehung von bislang nicht oder nur unzureichend gesicherten Personen sowie von Personen, die derzeit noch Zugang zu „privilegierten“ Sondersystemen haben, in eine einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung für alle, in die Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen paritätisch einzahlen. Damit tragen wir auch den veränderten Erwerbs- und Lebensbiografien in einer sich immer schneller wandelnden Arbeitswelt Rechnung. Die sozialversicherungsrechtliche Sonderbehandlung von Mini- und Midi-Jobs ist zu beenden. Dies stärkt die Solidargemeinschaft innerhalb der GRV und hilft die Beitragsbasis zu stabilisieren.

6. Beitragsbemessungsgrenze schrittweise aufheben

Um einen Spielraum für den sozialen Ausgleich in der GRV zu schaffen, wollen wir die Beitragsbemessungsgrenze schrittweise an- und längerfristig aufheben. Die damit verbundenen Steigerungen der Rentenansprüche werden abgeflacht. Eine soziale Erwerbstätigenversicherung ist für die Versicherten damit nicht nur sozial gerechter, sondern auch kostengünstiger als das gegenwärtige System.

7. Stärkung des Solidarausgleichs in der GRV

Der Solidarausgleich in der GRV muss gestärkt und ausgebaut werden, damit auch Menschen mit durchbrochenen Erwerbsbiografien und niedrigen Einkommen im Alter im Regelfall nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind. Zur Schließung von Lücken in den Rentenbiografien sind daher die drei Jahre Kindererziehungszeit auch für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder bei der Rentenberechnung anzuerkennen, sowie schulische, akademische und berufliche Ausbildungszeiten als gleichwertige Anrechnungszeiten einzubeziehen. Die für Pflegepersonen entrichteten Rentenversicherungsbeiträge sind anzuheben. Der Beitrag, den die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ALG II) an die gesetzliche Rentenversicherung entrichten, ist deutlich anzuheben. Des Weiteren muss für GeringverdienerInnen gezielt eine Höherbewertung der Rentenpunkte erfolgen, damit langjährig Versicherte Aussicht auf eine Rente haben, die das Grundsicherungsniveau übersteigt und keiner Bedürftigkeitsprüfung bedarf.

8. Subventionierung des Solidarausgleichs statt der privaten Altersvorsorge

Der Bund subventioniert die private Altersvorsorge. Allein 2008 plant die Regierung dafür eine Summe von 12,8 Milliarden Euro ein. Das ist der falsche Weg. Die Förderung der privaten Altersvorsorge bevorteilt Besserverdienende und schwächt die Gesetzliche Rente. Die Milliarden des Bundes sind deshalb weitaus besser und sinnvoller angelegt, wenn sie zur Stärkung der Ausgleichselemente innerhalb der GRV verwendet werden, um gezielt die Rentenansprüche von Geringverdienern und Erwerbslosen aufzustocken.

9. Angleichung des Rentenwertes Ost-West – Abschaffung von Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung

Die einigungsbedingte Schlechterstellung der ostdeutschen RentnerInnen ist aufgrund der angeglichenen Lebenshaltungskosten nicht zu rechtfertigen. Sollte der Anpassungsprozess weiter im bisherigen Tempo voranschleichen, wäre eine Angleichung des Rentenwerts Ost an das Westniveau wohl erst 2030 erreicht. Daher befürworten wir eine schnellstmögliche steuerfinanzierte Angleichung der Rentenwerte. Die vereinigungsbedingten Rentenungerechtigkeiten für einzelne Berufs- und Personengruppen im Osten Deutschlands müssen durch spezielle Regelungen abgebaut werden. Betroffen sind zum Beispiel Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR, alle Akademikerinnen und Akademiker sowie Menschen, die Angehörige gepflegt haben.

10. Grundsicherung im Alter erhöhen

Auch die Grundsicherung im Alter muss ein Leben in Würde ermöglichen. Eine Anhebung des Regelsatzes auf 435 Euro und bundesweite Standards zur Erstattung angemessener Unterkunftskosten würden zu einer sofortigen Anhebung des Leistungsniveaus führen und Zwangsumzüge vermeiden. Die Regelungen zur Nichtanrechnung von Einkommen und Vermögen müssen ausgeweitet werden, damit insbesondere die Inanspruchnahme unverheirateter LebenspartnerInnen ausgeschlossen wird.

Zukünftig soll dies innerhalb der Erwerbstätigenversicherung abgesichert werden. Das Ziel ist, dass nach Anrechnung von Einkommen und Vermögen keine Rentnerin und kein Rentner im Monat unter 800 Euro fallen dürfen.

Weitere Informationen zur Rentenpolitik der LINKEN unter

www.die-rente-die-linke.de